

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Standgerichte nur gegen links

Die ersten Schreckensurteile gegen Arbeiter — Nazis nirgends betroffen — Sondergerichte schlimmer als Kriegsgerichte

Die Ausnahmegerichte haben ihre Tätigkeit begonnen. Gestern ist in Breslau das Sondergericht zu seiner ersten Verhandlung zusammengetreten. Es urteilte über Vorfälle, die sich am 22. Juni, also vor nahezu zwei Monaten, zugetragen haben, über Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Nationalsozialisten. Natürlich sahen nur Arbeiter auf der Anklagebank, natürlich wurden die Nationalsozialisten und Stahlhelmer als vereidigte Zeugen zugelassen. Die Beweisaufnahme wurde in der empfindlichsten Weise zu Ungunsten der Angeklagten beschränkt. Drei der vier Angeklagten waren ohne Verteidiger. Das Urteil, das sich einzig und allein auf den Aussagen von Nationalsozialisten aufbaut, entsprach diesen Verhandlungsformen: die Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu einem Jahr 3 Monaten verurteilt.

Bei dieser Verhandlung des Breslauer Sondergerichts ging es noch um verhältnismäßig harmlose Vorgänge. Und doch zeigte schon diese Verhandlung, welche furchtbaren Gefahren mit dieser Art von „Rechtsprechung“, bei der es keine Berufungsinstanz gibt, in schwereren Fällen verbunden sein müssen; die schlimmsten Fehlurteile sind mit Sicherheit zu erwarten.

Auch in einer Reihe anderer Orte haben die Sondergerichte ihre Tätigkeit begonnen. Wir bringen weiter unten einige Meldungen, die aus bürgerlicher Quelle stammen und daher mit größter Vorsicht aufgenommen werden müssen. Aber auch sie sagen uns bereits genug; sie zeigen uns, daß

die Sondergerichte bisher in keinem einzigen Fall gegen Nationalsozialisten arbeiten, sondern überall nur Kommunisten und Reichsbannerleute mit schweren Strafen belegen.

Die Einseitigkeit dieser Gerichtsbarkeit, die man unschwer voraussetzen konnte, ist jetzt bereits tatsachenmäßig erwiesen. Die herrschende Klasse läßt die letzten Schleier fallen, sie setzt die Macht ihrer Justiz rückhalt-

los ein — zur Niederhaltung des Proletariats. Die Arbeiterbewegung wird neue schwere Wunden davontragen; aber die deutsche Arbeiterklasse wird auch durch diese Methoden nicht zu entmutigen sein, sie wird nur um so entschiedener kämpfen für den Tag, an dem wir die Richter sein werden.

Den ausführlichen Bericht über die erste Breslauer Sondergerichtsverhandlung veröffentlichten wir im Innern des Blattes.

Zuchthausstrafen für Kommunisten

Königsberg, 16. August.

WTB. Das Schnellgericht urteilte 11 Kommunisten, die am 22. Juli bei einem Zusammenstoß gegen 20 nationalsozialistische Wahlzettelvertreiber mit Pflastersteinen und Latzen vorgegangen waren und einen Nationalsozialisten verletzt hatten. Das Gericht verurteilte den Rädelführer wegen schweren Landfriedensbruchs und schwerer Körperverletzung zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus, einen Angeklagten wegen schweren Landfriedensbruchs zu einem Jahr Zuchthaus, weitere acht zu Gefängnisstrafen. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Gefängnis für Reichsbannerleute

Rostock, 16. August.

WTB. Das Schnellgericht in Rostock verurteilte heute einen Reichsbannermann wegen schwerer Körperverletzung zu 10 Monaten Gefängnis und einen weiteren Reichsbannermann zu 9 Monaten. Die Angeklagten hatten am 7. August einen der Nationalsozialistischen Partei angehörenden landwirtschaftlichen Arbeiter überfallen und schwer verletzt.

setzen, ein anderer Teil löste sich unter dem niederschmetternden Eindruck der bekanntgewordenen Nachrichten einfach auf und ging nach Hause.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die SA durch die widersprechenden Anforderungen, die an sie gestellt wurden, sich heute in einer derart seelischen Erschütterung befinden, daß irgendwelche Aktionen vorläufig ausgeschlossen erscheinen. Das geht sogar soweit, daß selbst eine Fortsetzung der Terrorakte in der nächsten Zeit zum mindesten nicht zu erwarten ist. Soweit die SA nicht völlig in eine Art Resignation verfallen ist, sondern sich eine gewisse Aktivität bewahrt hat, besteht durchaus die Möglichkeit, daß sich diese Aktivität gegen die eigenen Führer, insbesondere gegen die politische Leitung der Partei auswirkt. Die Möglichkeit von Konflikten zwischen SA und politischer Leitung ist besonders groß in Hamburg, aber auch in Berlin nicht ausgeschlossen und teilweise sogar sehr wahrscheinlich.

Was wird ihm schon geschehen?

Altona, 16. August.

CNB. Zu den Ermittlungen über die Handgranatenschläge in Schleswig-Holstein verlautet von amtlicher Seite, daß gestern auch der in den neuen Reichstag gewählte Nationalsozialist Moder, Altona, verhaftet worden ist, der Führer der Vierten SS-Standarte ist, in deren Bereich sich sämtliche Anschläge ereigneten. Eine Verletzung der Abgeordnetenimmunität kommt nicht in Frage, da die Sitzungsperiode des Reichstags noch nicht begonnen hat.

Verbot bereits wieder aufgehoben

Halle (Saale), 16. August.

Das Verbot der nationalsozialistischen Zeitung „Der Kampf“ ist wieder aufgehoben worden, weil der Verlag nachweisen konnte, daß er die Auflegenachricht aus technischen Gründen noch nicht bringen konnte.

Schleichers Einfluß

Berlin, 16. August.

WTB. Der Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. von Kaufmann, wird auf seinen eigenen Wunsch wieder in den auswärtigen Dienst zurückkehren und demnächst einen Auslandsposten übernehmen. Der Reichskanzler hat dem Herrn Reichspräsidenten als künftigen Leiter der Presseabteilung den bisherigen Pressereferenten des Reichswehrministeriums, Major Marcks, in Vorschlag gebracht.

CNB. Reichswehrminister von Schleicher hat, wie der DAZ aus politischen Kreisen berichtet wird, den nationalsozialistischen Stabschef Rohm am Montag empfangen.

National ganz zuverlässig

Die Abgeordneten Arthur Crispian und Wilhelm Dittmann haben an Dr. Bracht einen offenen Brief gerichtet, in dem sie unter Bezugnahme auf einen im „Friedericus“ erschienenen, von Karl Felsen gezeichneten Artikel „Crispian und Dittmann in Frankreich“ den Reichskommissar um sein Einschreiten im öffentlichen Interesse bitten. Die Abgeordneten erklären die in dem Artikel aufgestellten Behauptungen, daß sie während des Krieges mit französischen und amerikanischen Spionagebüros in Verbindung gestanden hätten, insbesondere 1917 im amerikanischen Spionagebüro in Chaumont in französische Lotterien gewesen wäre, als unwahr. Crispian habe zu der angegebenen Zeit in den Argonnen an der Front gestanden, und Dittmann habe überhaupt erst 1925 bei dem internationalen Sozialistenkongreß in Marseille zum ersten Mal französischen Boden betreten.

Das Ende des bürgerlichen „Rechts“-staates

Der Kampf der bürgerlichen Klasse gegen das feudale Herrschaftssystem begann mit dem Kampf gegen die Kabinetsjustiz der Fürsten. Das revolutionäre Bürgertum empfand es als unerträglich, daß jemand auf Jahre oder Lebenszeit eingekerkert oder gar gefoltert werden konnte, ohne daß er die Möglichkeit gehabt hätte, sich vor einem freien unabhängigen Gericht ausreichend zu verantworten. Wirkliche Unabhängigkeit der Gerichte von der reaktionären Staatsführung, Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens, gesetzlicher Zwang, alle vom Angeklagten angebotenen Entlastungsbeweise zu erheben, und nicht zuletzt ausreichende Rechtsmittel sind daher die Forderungen des aufstrebenden Bürgerturns in allen Ländern Westeuropas gewesen. Ihre Verwirklichung war ein Zeichen der inneren Kraft der Bourgeoisie.

Wie seine anderen Freiheitsforderungen hat das Bürgerturn diese Kampfe um rechtsstaatliche Garantien vergessen. Das revolutionäre Bürgerturn von 1789 hat sie erkämpft. Das versinkende Bürgerturn des Jahres 1932 schafft die geordnete Gerichtsbarkeit selbst ab. Bis zur Krise des Kapitalismus wäre es unerhört gewesen, politische Standgerichte zu schaffen, die man nur der Form halber als Sondergerichte bezeichnet. Bis zum Aufbruch des Faschismus wäre es unerhört gewesen, drei Berufsrichtern das Recht über Leben und Tod eines Angeklagten einzuräumen und sie dabei noch zu ermächtigen, die Vernehmung jedes Entlastungszeugen, die der Angeklagte verlangt, zu verweigern. Mag auch Adolf Hitler formell nicht an der Macht sein, daß die Bourgeoisie es erträgt, daß gegen Todesurteile nicht die Möglichkeit eines Rechtsmittels gegeben wird, ist ein Zeichen dafür, wie weit die faschistische Gesinnung bereits auch in den offiziell nicht-faschistischen Kreisen der herrschenden Klasse verbreitet ist.

Die ganze Sondergerichtsbarkeit, deren unheilvolle Tätigkeit jetzt begonnen hat, ist aber gleichzeitig ein Zeichen dafür, daß die Reichsverfassung auch formell erledigt ist und daß man sich zur Niederhaltung des Proletariats mit den Mitteln der Klassenjustiz nur noch einer Scheingesetzlichkeit bedient. Mag auch der willkürliche Gebrauch des Artikels 48 der Reichsverfassung bereits unter Eberl eingesetzt haben, daß man die Macht des Reichspräsidenten gegen die Arbeiterklasse soweit steigern könnte, daß die verfassungsmäßige Macht des deutschen Kaisers dagegen als blasser Schemen erscheint, hätte der schlimmste Pessimist kaum erwarten dürfen.

Als Hugo Preuß im Jahre 1919 der Nationalversammlung seinen Entwurf einer Reichsverfassung vorlegte, schrieb er mit Absicht kein Notverordnungsrecht und kein Belagerungszustandsrecht in sie hinein. Lediglich vorübergehende Maßnahmen polizeilichen Charakters sollte der Reichspräsident im Falle erheblicher Störung oder Gefährdung der Sicherheit und Ordnung anbefehlen können. Das Notverordnungsrecht hat auch die Bismarcksche Reichsverfassung nicht gekannt. Das Belagerungszustandsrecht sollte dem Reichsoberhaupt nach den Erfahrungen von 4½ Jahren Kriegsbelagerungszustand genommen werden. Das Wort Notverordnung ist im Text der Reichsverfassung hinsichtlich vermieden worden. Im Gegensatz hierzu stand die preussische Verfassung, die an die Tradition der königlichen Verfassung von 1850 anknüpfte. Die Verfassung Friedrich Wilhelm des IV., wie die freistaatliche Verfassung von 1919, geben der Staatsleitung das ausdrückliche Recht, in Fällen eines Notstandes Verordnungen mit

Hitler proklamiert „Notwehrrecht“

Gegen die „dummen Phrasen von Ruhe und Ordnung“

Adolf Hitler hat gestern einem Vertreter der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ eine Darstellung seiner politischen Auffassungen gegeben. Zur Frage der Regierungsbildung enthalten seine Äußerungen keinen bemerkenswerten Gesichtspunkt, da sich Hitler gehütet hat, irgendwie mit Bestimmtheit seine weiteren Pläne darzulegen. Hingegen hat er zur Frage des politischen Terrors die immerhin beachtliche Erklärung abgegeben, es gebe ein Recht der Notwehr, „das wir uns auf die Dauer nicht abschwatzen lassen durch die dumme Phrase von Ruhe und Ordnung“. „Ich selbst werde mich gezwungen sehen, den Parteigenossen ein Notwehrrecht zu befehlen, das die roten Tschekamethoden wirklich blitzschnell beiseiten wird.“

Ähnliche Äußerungen finden sich in einem soeben erlassenen Befehl des „Chefs des Stabes der SA und SS“, Röhm:

„In berechtigter Abwehr der marxistischen Bluttaten ist in einigen besonders bedrohten und heimgesuchten Gebieten scharfe Notwehr und Verfolgung erfolgt. Ich sehe es als meine Ehrenpflicht an, den Männern, die in Ausübung ihrer Notwehr richtig gehandelt haben und deshalb unter Verfolgung und

Strafe gestellt wurden, in jeder mir möglichen Weise beizustehen.

Auch der Berliner SA-Führer, Hellendorf, hat einen ähnlichen Befehl erlassen, aus dem man im übrigen sehr deutlich herauslesen kann, wie groß die Unzufriedenheit in den Reihen der SA sein muß. Sie werden auf die nächsten Wochen vertröstet, und in diesem Zusammenhange wird Urlaubssperre ab 28. August angekündigt.

Die Arbeiterklasse muß alles tun, um ihre Abwehr dieser Gefahren auf breiter Front zu verstärken!

Verwirrung in der SA

Der linksdemokratische „Dortmunder Generalanzeiger“ veröffentlicht folgenden Bericht des „Politischen Pressedienstes“:

Die Entwicklung der politischen Lage hat in der SA eine Stimmung erzeugt, die an Trostlosigkeit und Verzweiflung grenzt. Am Samstag, am Tage des Empfangs Hitlers beim Reichspräsidenten, herrschte in der SA offenbar vollständige Verwirrung. Ein Teil der SA stand vollständig marschbereit und hatte offensichtlich die Absicht, die eben abgelehnten Wünsche ihres Führers auf gewaltsamem Wege durchzu-

Zentrum wirbt um Nazi-Freundschaft

Deutschnationale für Revolution von oben

Gesetzgebung durch das Parlament unterliegen. Eine solche Bestimmung enthält der Artikel 55 der Preussischen Verfassung. Daß man zu diesem Unterscheid der Verfassungsentwicklung im Reich und in Preußen überhaupt mehr mehr denkt, zeigt, daß die Fähigkeit des Rechtsdenkens überhaupt verloren gegangen ist.

Aus einem Polizeirecht des Reichspräsidenten ist vom Recht oder Nichtrecht geworden, Angeklagte ohne herkömmlich geregeltes Gerichtsverfahren zum Tode verurteilen zu lassen. Zwar schreibt die Verfassung ausdrücklich vor, daß es keine Ausnahmegerichte mehr geben darf, aber wenn das Wort Ausnahmegerichte überhaupt einen Sinn haben soll, dann muß es auf Gerichte angewendet werden, die im Standverfahren Vorfälle aburteilen, die längst vor ihrer Einsetzung begangen worden sind. Der alte Satz, daß jeder Beschuldigte nur nach dem Rechte sich zu verantworten braucht, das zur Zeit seiner Tat gegolten hat, ist auch vergessen. Rechtsnormen werden auf ihn angewendet, die erst nach der Tat geschaffen worden sind.

Die Faschisten verkünden stolz, daß es ihre Aufgabe sei, mit dem überlebten Gedankengut der französischen Revolution Schluß zu machen. Ohne in den offiziellen Besitz der Staatsmacht gekommen zu sein, haben sie ihr Ziel erreicht. Die herrschende Klasse überliefert den proletarischen Taten der Willkür der Standjustiz, die nur mit den Taten der Kabinetsjustiz französischer und preussischer Herrschaft vergleichbar ist. Der Kurs der Gerechtigkeit ist auf Null gesunken, erst die Herrschaft der Proletariats wird Recht und Gerechtigkeit wieder herstellen. E.

Verständigung Polen-Danzig

In Danzig haben im Laufe der letzten Tage unter Mitwirkung des Hohen Kommissars des Völkerbundes, Graf Grävina, und des von ihm nach Danzig eingeladenen Referenten für die Danziger Angelegenheiten im Sekretariat des Völkerbundes, Herrn Helmer Rosting, Besprechungen stattgefunden, mit dem Ziele, eine Entspannung der Danzig-polnischen Beziehungen herbeizuführen. Als Ergebnis dieser Besprechungen sind Sonnabend nachmittag drei Protokolle unterschrieben worden. Die Protokolle umfassen je eine Loyalitätserklärung der Danziger und der polnischen Regierung und neue Vereinbarungen über das Anlaufen polnischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen (sogen. „port d'attaché-Frage“).

Praktisch zielen die Vereinbarungen in ihren wichtigsten Teilen darauf hin, in der Frage des polnischen Boykotts gegen Danziger Waren in die bisherigen unhaltbaren Verhältnisse Bresche zu schlagen. In der Frage des „Port d'Attaché“ hat Danzig Zugeständnisse gemacht, die den polnischen Wünschen stärker Rechnung tragen.

Es ist stark zu bezweifeln, daß durch diese Vereinbarung eine wirkliche und dauernde Verständigung zwischen Polen und Danzig Platz greifen wird. Dazu sind die imperialistischen Gegensätze zu groß. Danzig kann ohne das heute polnische Gebiet, den „Korridor“, wirtschaftlich nicht existieren und für Polen gibt es nur die „Verständigung“, daß Danzig polnisch wird.

Generalstreik in Granada

Paris, 16. August

WTB. Havas meldet aus Granada, daß die Arbeitergewerkschaften, mit dem energischen Eingreifen des Sonderdelegierten der Regierung gegen die Terrorakte unzufrieden, den Generalstreik proklamiert haben. Der Streik wird fast in allen Betrieben durchgeführt.

1000 Verhaftungen in Spanien

Madrid, 16. August.

WTB. Die bisherigen Verhaftungen erhöhen sich um 174, die heute früh erfolgt sind. Man schätzt, daß in ganz Spanien etwa 1000 Personen im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen festgenommen worden. Uebrigens soll die Gendarmerie, im Gegensatz zur bisherigen Regelung, teils dem Kriegsministerium, teils dem Polizeipräsidium unterstellt werden.

Die Polizei nimmt weitere Verhaftungen vor. So wurde u. a. in San Sebastian der Herzog Grimaldi festgenommen.

Japan pfeift auf den Völkerbund

London, 16. August.

WTB. Times berichtet aus Tokio, japanische Beamte erklärten, daß die Vorbereitungen eines Vertragsentwurfs mit dem Mandschu-Kuo jetzt so gut wie abgeschlossen seien, und daß der Mandschu-Kuo wahrscheinlich anerkannt werde, bevor die Völkerbundsversammlung im nächsten Monat zusammentritt. Zahlreiche Informationen seien bereits über den Bericht der Völkerbunds-Kommission über die Lage in der Mandschurei bekannt, und die japanische Regierung sei der Auffassung, daß viele Anregungen für sie unannehmbar sein würden.

Nankings Gegenmaßnahme

Paris, 16. August.

WTB. Wie die Agentur Indopacifique aus Peking berichtet, wurde Tschanghsuellaug endgültig durch einen au. 18 Generaen bestehenden Militärerrat ersetzt, der unter Leitung von Tschiangkaischek die nordchinesischen Angelegenheiten wahrnehmen soll. Sitz des Rates wird Nanking sein.

Die Nachrichten mehrten sich, daß die Zentrumspartei gewillt ist, den Nationalsozialisten außerordentlich weit entgegenzukommen, um eine Koalition mit ihnen zunächst in Preußen und dann im Reich zustande zu bringen und so den politischen Einfluß der Zentrumspartei auch für die Zukunft zu sichern. Die Taktik des Zentrums scheint zu sein, durch die Bildung einer Koalitionsregierung von Nationalsozialisten und Zentrum in Preußen die Voraussetzungen einer entsprechenden Regierungsbildung im Reich zu schaffen. Zu diesem Zweck dürften bereits inoffizielle Besprechungen zwischen Vertrauensmännern des Zentrums und der NSDAP stattgefunden haben, und auch die offiziellen Verhandlungen werden wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Ein wesentliches Hindernis für eine solche Regierungsbildung war bisher die Weigerung des Zentrums, den Posten des preussischen Ministerpräsidenten der NSDAP zu überlassen. Die Bedenken des Zentrums beruhten vor allem auf der besonderen verfassungsrechtlichen Situation in Preußen, wo ein Dreimänner-Kollegium (Ministerpräsident, Landtagspräsident, Präsident des Staatsrates) jederzeit die Auflösung des Parlamentes verfügen kann. Da der Posten des Landtagspräsidenten bereits von einem Nationalsozialisten besetzt ist, würden die Nationalsozialisten bei Uebernahme des Ministerpräsidentenpostens die Mehrheit in diesem wichtigen Kollegium innehaben; der dritte Mann, der Präsident des Staatsrates, ist vorläufig noch ein Zentrumsvertreter.

Jetzt scheinen nun diese Bedenken des Zentrums geringer geworden zu sein, weil man nach dem Ausfall der Reichstagswahlen nicht mehr glaubt, daß die NSDAP an baldigen preussischen Neuwahlen besonderes Interesse haben könnte. Daher scheint das Zentrum jetzt bereit zu sein, den Nationalsozialisten den Ministerpräsidentenposten zu überlassen; zum Ausgleich beansprucht das Zentrum das Innenministerium und schlägt für diesen Posten den jetzigen Reichskommissar Dr. Bracht vor.

Wie die Nationalsozialisten auf diese Angebote reagieren werden, ist zur Stunde noch nicht zu sagen. Man kann nur erneut darauf hinweisen, daß offenbar in der NSDAP verschiedene Strömungen miteinander ringen und

daß es gerade nach den Enttäuschungen, die die Entscheidung Hitlers einem Teil seiner Anhänger bereitet hat, durchaus nicht unmöglich ist, daß jetzt die Nationalsozialisten auch mit einem Teil der Macht (einem sehr wesentlichen Teil) zunächst zufrieden sein würden.

Die „Berliner Börsen-Zeitung“ spricht in diesem Zusammenhang von einem „neuen Zentrumskurs“. Wir können uns dieser Auffassung nicht anschließen. Das Zentrum betreibt heute im Grunde genau dieselbe Politik, die es in all den Jahren betrieben hat, mit dem einzigen Ziel, für sich, für seine kulturreaktionären und kirchlichen Interessen Einfluß und Machtpositionen zu gewinnen. Wenn man jetzt sieht, daß sich diese schwarz-rot-goldene Partei ganz hemmungslos auf den berühmten Boden der gegebenen Tatsachen stellt, indem sie den Nationalsozialisten die Regierungsmacht weit öffnet, so ist das für uns keine Ueberaschung; für die Anhänger der Eisernen Front, für alle diejenigen, die an ein Bündnis mit bürgerlichen Parteien gegen den Faschismus geglaubt haben, können diese Vorgänge äußerst lehrreich sein.

„Formalien dürfen die Regierung nicht hindern“

Die deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtages hielt am Dienstag eine Sitzung ab, in der einstimmig beschlossen wurde, „daß die Reichsregierung unterstützt werden müsse, wenn sie jetzt im Reich und in Preußen nach dem völligen Zusammenbruch des parlamentarischen Systems und nachdem sich die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei der Mitarbeit versagt hat, als wirkliches Präsidialkabinett unabhängig von den Parlamenten regieren will.“ Weiter heißt es in dem offiziellen Bericht des Fraktionsbüros:

„Die deutschnationale Landtagsfraktion erwartet, daß in Preußen durch den Reichskommissar ein ordnungsmäßiges, mit nationalen Fachleuten besetztes Kabinett ernannt wird. Sie erwartet weiter, daß die von der früheren preussischen Regierung lediglich aus parteipolitischen Beweggründen ernannten und

beförderten Beamten weiter von ihren Ämtern beschleunigt entfernt und durch willensstarke nationale Männer ersetzt werden damit die nach 13jähriger schwarzer Mifwirtschaft notwendigen kulturellen und wirtschaftlichen Gesundungsmaßnahmen endlich durchgeführt werden können.“

In gleichem Sinne veröffentlicht der deutschnationale Landtagsabgeordnete Borch im „Tag“ einen als parteioffiziell gekennzeichneten Aufsatz, in dem der Regierung Papen folgende Forderungen präsentiert werden:

„Für die Regierung Papen gäbe es jetzt keine Stützung auf parlamentarischem Gebiet, ausgenommen vielleicht seitens der Deutschnationalen. Ein Zurückweichen vor einer etwaigen Mehrheit aus NSDAP und Zentrum bedeute aber das Zurückfallen in das System von Weimar. Nachdem sich die größte nationale Partei der positiven Mitarbeit an der Befreiung vom Parlamentarismus versagt habe, müsse die Regierung, gestützt auf ihre eigene Verantwortung, auch vor der Revolution von oben nicht zurückschrecken. Dazu sei aber eine rücksichtslose Ausschaltung aller noch hemmenden Kräfte in den Regierungen stellen und ihre Ersetzung durch Männer mit politischem Willen und Können erforderlich. Nur energisches Zupacken und Tatmenschen paßten in diese Zeit, Formalien dürften die Regierung nicht hindern. Der Kanzler, der heute eine so große Macht habe, werde die Menschen, denen Partei nichts, Deutschland aber alles sei, hinter sich haben, wenn er zeige, daß er seine Macht allen zum Trotz halten wolle. Wolle die Reichsregierung so handeln, dann sei eine Klärung erfolgt.“

Diese sehr eindeutigen Äußerungen sind besonders deshalb bedeutungsvoll, weil hinter ihnen nicht nur die Hugenbergpartei steht. Man kann vielmehr bei den engen Beziehungen zwischen den Deutschnationalen und der Papen-Schleicher-Regierung ohne weiteres annehmen, daß mit diesen Auffassungen das Programm der gegenwärtigen Reichsregierung umrissen ist.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung

Durch den wochenlangen Regierungskuhhandel mit Hitler ist die entscheidende Ursache der heutigen politischen Krise in Deutschland, die Massenarbeitslosigkeit und die damit zusammenhängenden Fragen in den Hintergrund gedrängt worden. Sie lassen sich aber nicht lange in den Hintergrund drängen, denn von ihrer Lösung hängt die Existenz nicht nur jeder Regierung, sondern auch letzten Endes des Bestandes der kapitalistischen Gesellschaft ab. Die Papen-Regierung, die nun ohne Hitlers „Mitarbeit“ weiterregieren will, versucht daher, jetzt die Massen zu beruhigen mit einem sogenannten Wirtschafts- oder Arbeitsbeschaffungsprogramm. Es ist schwer, zu den Plänen der Papen-Regierung konkret Stellung zu nehmen, weil außer einigen Redensarten und Andeutungen darüber noch nichts bekannt ist. Nur soviel ist aus der Presse der Deutschnationalen, die heute als die einzige Regierungspartei bezeichnet werden können, bekannt, daß die Papen-Regierung nicht daran denkt, der furchtbaren Not der Arbeitermassen und Erwerbslosen zu steuern,

sondern ihre „Arbeitsbeschaffung“ dazu benutzt, um ihre konterrevolutionären Unterdrückungspläne gegen die Arbeiterschaft in die Tat umzusetzen.

In der Hugenberg-Presse wird das Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung so umschrieben: „Umgestaltung der Arbeitslosenfürsorge, die Auflockerung des Tarifwesens, die Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes, die Intensivierung der Siedlungspolitik.“

Wir brauchen hier nicht darlegen, was diese Begriffe für die Reaktion bedeuten, für die Arbeiter jedenfalls weiteren Raub der Arbeitslosenunterstützung, Zerschlagung des Tarifrechtes und Arbeitsdienstpflicht.

Durch Mitteilungen an die Presse gibt die Regierung bekannt, daß 135 Millionen Mark für Straßen- und Wasserbauten und für Meliorationen, 50 Millionen für den freiwilligen Arbeitsdienst, eine Bürgerschaft von je 100 Millionen für Siedlungszwecke und für Hausreparaturen zur Verfügung gestellt werden sollen. Nach den letzten Meldungen sollen dazu noch weitere 200 Millionen Mark für Abwrackung von Schiffen, Bau von Heringsloggern, für Erdbewegungsarbeiten usw. „in Aussicht gestellt“ werden. Die Streiffrage ist gegenwärtig, wie diese Gelder aufgebracht werden sollen. Die Papen-Regierung will dafür den Kredit der Reichsbank in Anspruch nehmen, die Reichsbank macht aber vorläufig noch allerlei Einwendungen.

Wie dem auch sei, fest steht, daß selbst wenn alle die hier genannten Summen zur Verfügung gestellt würden, das angesichts der sieben Millionen Arbeitslosen nur ein Tropfen

auf einen heißen Stein wäre. Von einer wirklichen Beseitigung der Arbeitslosigkeit wird selbst dann um so weniger die Rede sein können, als der größte Teil dieser Summen dem „freiwilligen“ Arbeitsdienst zur Verfügung gestellt würde. Den zu Tariflöhnen beschäftigten Arbeitern wird damit noch mehr als bisher die Arbeit weggenommen, so daß am Ende das Gegenteil von einer Verringerung der Arbeitslosigkeit herauskommen wird.

Das Ende des bürgerlichen Liberalismus

Berlin, 13. August.

CNB. In einer Betrachtung über das Schicksal der Staatspartei, das Ende dieses Monats Gegenstand der Beratungen des geschäftsführenden Parteivorstandes der Staatspartei sein wird, schreibt das Berliner Tageblatt: „In staatsparteilichen Kreisen selbst wird erklärt, daß sich die Partei als solche bei der letzten Reichstagswahl als durchaus lebensfähig erwiesen habe, da sie sich als einzige

der Mittelparteien ohne jede Listenverbindung einigermaßen habe erhalten können. Diese Feststellung ist allerdings nur mit einigen Vorbehalten als richtig anzuerkennen. Die Staatspartei hat aus eigener Kraft zwar vier Mandate bekommen, aber rund 150 000 Stimmen sind wegen des Mangels einer Listenverbindung verloren gegangen, und selbst wenn dies nicht der Fall wäre, wäre die Mandatszahl der Partei hinter der Zahl ihrer Generalsekretäre im ganzen Reich zurückgeblieben. Dieses Ergebnis muß alle Mitglieder der Partei vor die Frage stellen, ob es noch zeitgemäß ist, den Apparat einer selbständigen Partei aufrechtzuerhalten, auf die Gefahr hin, daß sie bei der nächsten Wahl noch ungünstiger abschneidet.“

Es ist anzunehmen, daß die Parteilinstanzen der Staatspartei entgegen dieser skeptischen Einstellung des Berliner Tageblattes doch dafür sein werden, „den Apparat einer selbständigen Partei aufrecht zu erhalten“. Trotzdem ist die Staatspartei politisch tot, weil dieser bürgerlich-demokratische Liberalismus durch die ökonomisch-gesellschaftliche Entwicklung aller notwendigen Voraussetzungen beraubt worden ist. Die Zuspitzung der Klassengegensätze und die Verschärfung des Klassenkampfes schaffen klare Fronten.

Neue Massenentlassungen bei der Post

Jetzt erst wird bekannt, daß das Reichspostministerium am 29. Juli an sämtliche Oberpostdirektionen eine Verfügung über eine weitere Einschränkung der Ortsbriefzustellungen erlassen hat. Die Maßnahme soll ab 20. September in Kraft treten. Sie bedeutet einmal eine große Verschlechterung gegenüber der Bevölkerung, zum anderen aber die

Entlassung von Zehntausenden von Angestellten, Arbeitern und Aushelfern bei der Post

Nach der Verfügung soll für mittlere und größere Postämter durchweg die täglich zweimalige Zustellung eingeführt werden. Nur in den Zentren der Großstädte soll die dreimalige Zustellung bleiben. Die ganzen kleineren Postämter und Postagenturen sollen aber grundsätzlich zur nur einmaligen Briefzustellung pro Tag zurückkehren.

Das Postministerium begründet die Maßnahme mit der Verringerung der Einnahmen um 120 Millionen Mark im laufenden Etats-

jahr. Es wird aber verschwiegen, daß schon in den beiden letzten Jahren viele Zehntausende von Postlern entlassen wurden, daß allein vom 30. Juni 1931 bis zum 30. Juni 1932 die Zahl der bei der Reichspost beschäftigten Angestellten und Arbeiter von 94 682 auf 78 573 gesunken ist und daß allein im Jahre 1931 111 Millionen Mark an Gehalt und Lohnabbau „eingespart“ wurde. Die hier erzielten „Einsparungen“ kamen jedoch nicht dem Etat der Postverwaltung zugute, sondern es wurden allein im letzten Jahr

140 Millionen Mark an das Reich

abgeliefert, um die durch Besitzsteuersenkung verminderten Einnahmen auszugleichen. Bei Fortsetzung dieser Methode wird der Postetat immer weniger balancieren, und es werden „Im Interesse der Rentabilität“ immer neue Massenentlassungen sowie Lohn- und Gehaltskürzungen durchgeführt werden müssen. „Aufbau der Wirtschaft!“ nennt das herrschende Klasse — natürlich nur auf Kosten der Arbeiterschaft.

Entfesselte Klassenjustiz

Standgericht in Breslau beginnt zu arbeiten — Ungeheuerliche Schreckensurteile gegen Arbeiter — „Mildernde“ Umstände — Alibi „unerheblich“

Breslau, 17. August.

Die Notverordnung des Reichspräsidenten gegen Terrorakte hat ihre ersten Opfer gefordert. Mit ihr ist auch der letzte Schein von Gerechtigkeit, den das Gericht der Bourgeoisie bisher mitunter zu bewahren vermocht hat, gefallen. Die Einrichtung der Sondergerichte hat sich als Terrormaßnahme der herrschenden Klasse gegen die Unterdrückten und Ausgebeuteten erwiesen.

Der ersten Verhandlung des Breslauer Sondergerichts lag ein Vorfalle, der sich am Mittwoch, den 22. Juni, in Breslau auf der Posener Straße abgespielt hat, zugrunde. Dort war ein uniformierter Trupp Nationalsozialisten von einer großen Anzahl Proletarier angegriffen worden, die mit Recht durch Terror und maßlose Hetze der Faschisten gegen ihre Klasse aufs äußerste erbittert war. Nur auf Grund von Denunziationen war es der Polizei möglich, überhaupt einzelne Personen aus der Menschenmenge festzustellen, die natürlich zu Tätern gestempelt wurden. So standen am gestrigen Dienstag die Landarbeiterin Martha Kurock, ihr Bräutigam, der arbeitslose Ackerkutscher Heinrich Jenke, der arbeitslose Felix Kuppke und der Verkäufer Max Margoliner vor dem Breslauer Sondergericht. Nur einer der Angeklagten hatte einen Verteidiger.

während die drei übrigen Angeklagten ohne jede offizielle Verteidigung dem Gerichtsapparat ausgeliefert waren.

Das bedeutete im besonderen — abgesehen von allen grundsätzlichen Bedenken — eine schwere Benachteiligung der nur wenig redigewandten proletarischen Angeklagten.

Vor Eintritt in die eigentliche Verhandlung ergriff Genosse Eckstein, der den Angeklagten Margoliner vertrat, das Wort zu einigen grundsätzlichen Ausführungen:

Der Reichspräsident mag nach dem Artikel 48 der Reichsverfassung wohl das Recht haben, Staatsbürgerrechte außer Kraft zu setzen oder Verordnungen zu erlassen, die Handhabe zu einem weitgehenden Eingreifen von Polizei oder gar Reichswehr bieten. Niemals aber hat der Reichspräsident im Rahmen der bestehenden Verfassung einschneidende Veränderungen der Gerichtsverfassung vorzunehmen. Eine solche Maßnahme des Reichspräsidenten würde Sinn und Wortlaut der Reichsverfassung entgegen gesetzt sein. Die Notverordnung des Reichspräsidenten über die Sondergerichte stellt einen solchen Eingriff in die Gerichtsverfassung dar. Sie verstößt außerdem noch gegen den Artikel 105 der Reichsverfassung, der Ausnahmegerichte für unstatthaft erklärt.

Die Sondergerichte sind keine gesetzmäßigen Gerichte, sie sind Standgerichte.

Alle bisherige Rechtsform wird durch die Einsetzung der Sondergerichte mit Füßen getreten. Gegen ihren Spruch gibt es keine Berufungsinstanz. Nur ein Wiederaufnahmeverfahren kann das einmal gefällte Urteil außer Kraft setzen. Damit übertragen die Sondergerichte an Rechtsunsicherheit noch die Kriegsgerichte, bei denen es wenigstens noch eine Appellationsinstanz gab. Damit noch nicht genug, kann das Sondergericht die Beweisaufnahme willkürlich einschränken, so daß nur die Zeugen überhaupt zu Worte kommen, die dem Gericht genehm sind.

Aus diesen Gründen grundsätzlicher Natur und da der Zusammenstoß am 22. Juni, also vor Erlaß der Notverordnung erfolgt war, bezweifelte Genosse Eckstein die Zuständigkeit des Gerichts.

Die Richter des Sondergerichts taten aber ihre Pflicht, sie erklärten die Gesetzmäßigkeit der Sondergerichte und bejahten damit ihre Zuständigkeit.

Alle vier Angeklagten bestritten, an dem Zusammenstoß aktiv teilgenommen zu haben. Für den Angeklagten Margoliner erklärte sich Genosse Eckstein sogar bereit, einen vollständigen Alibibeweis mit Hilfe einer großen Zahl von Zeugen anzutreten.

Doch dem Gericht genügte zu der ihm eigenen Art von Urteilsbildung die Anhörung fast aller Belastungszeugen, die zum größten Teile Mitglieder oder Sympathisierende der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei sind. Zum Alibibeweis des Angeklagten Margoliner wurden lediglich zwei Zeuginnen vernommen, während alle weiteren zugehörigen Beweisanträge als „unerheblich“ abgewiesen wurden.

Bei den Aussagen der nationalsozialistischen Zeugen fiel wohl allen Anwesenden mit Ausnahme des Gerichtshofes eine merkwürdige Gleichförmigkeit in Form und Inhalt auf.

Bezeichnend für die ganze Art des Verfahrens war es, daß die Anklage durch Denunziationen zustande gekommen ist. So wurde der Angeklagte Margoliner von einem persönlichen Feind namens Müller angezeigt, so denunzierte ein Kaufmann Obermann die Angeklagte Kurock.

Zu diesem Zeugen ist ferner zu sagen, daß alleseitig, mit Ausnahme des Gerichtshofes, bekannt war, daß er aktives Mitglied des Stahlhelms, also einer politischen Organisation ist.

Trotzdem hat dieser Kronzeuge der Staatsanwaltschaft feierlich unter Eid erklärt, daß er keiner politischen Organisation angehöre.

Die Anklage behauptete von der Angeklagten Kurock, sie hätte „Haut die Nazischweine“ geschrien und einen am Boden liegenden Nationalsozialisten mit dem Fuße getreten. Ausgerechnet war es der „unpolitische“ Stahlhelmsmann Obermann, der die Angeklagte belastete. Diese höchst problematische Aussage hat dem Gericht genügt, um die Landarbeiterin Kurock zu der

ungeheuerlichen Strafe von 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis

zu verurteilen. Ja, man brachte es sogar fertig, in diesem Zusammenhang von „mildernden Umständen“ zu sprechen.

Der Bräutigam der Angeklagten Kurock, der von keinem Zeugen auch nur im geringsten belastet worden ist, von dem lediglich feststeht, daß er mit seiner Braut damals zusammen gewesen ist, wurde wegen dieses „Verbrechens“ zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Angeklagte Kuppke, der von mehreren Nationalsozialisten bezichtigt wurde, auf Faschisten eingeschlagen zu haben, konnte infolge seiner Unerschaffenheit nicht einmal Entlastungszeugen für sich ins Feld führen. So wurde er gleichfalls unter Zuhilfenahme „mildernder Umstände“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Der Angeklagte Margoliner hätte einen vollständigen Alibibeweis zu erbringen vermocht, wenn ihm nicht das Gericht die Beweis-

führung unmöglich gemacht hätte. Er wurde, obwohl durchaus nicht hinreichend belastet, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Ferner beschloß das Gericht die sofortige Verhaftung der Angeklagten Kurock und Kuppke.

Allen Angeklagten wurden die Kosten des Verfahrens auferlegt. Diese Maßnahme stellt wie immer eine große Härte dar. Nur zwei der Angeklagten standen noch im Arbeitsverhältnis; der Verkäufer Margoliner und die Landarbeiterin Kurock. Vor Gericht ist festgestellt worden, daß das wöchentliche Barverdienst des Fräuleins Kurock 7,85 RM beträgt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Angeklagten sind durchweg, wie schon dieses Beispiel zeigt, in keiner Richtung als gut zu bezeichnen. Durch die Auferlegung der Gerichtskosten wird neben dem bürgerlichen Leben der Angeklagten auch ihre wirtschaftliche Existenz vernichtet. Die Klassenherrschaft der Bourgeoisie begnügt sich nicht damit, ihre natürlichen Gegner außer Gefecht zu setzen, sie will sie vernichten.

Das Urteil des Breslauer Sondergerichts baut sich auf den Aussagen von Nationalsozialisten auf. Am gleichen Tage, fast zur gleichen Stunde, haben die Parteigenossen der so lammfromm erscheinenden Zeugen Arbeiter, Klassenossen der Angeklagten, gemordet und schwer verletzt. Am gleichen 22. Juni lag in Breslau Anschlagssäulen jenes provokatorische Plakat der Partei der harmlosen Zeugen „Fertig machen nach Palästina“.

Nicht die Angeklagten, sondern die Zeugen hätten auf die Angeklagten-

bank gehört. Nicht die Angreifer, sondern die Angegriffenen sind schuldig.

Wenn es in der Urteilsbegründung hieß, daß die Strafen vor weiteren Terrorakten abschrecken sollen, so ist das gewiß nicht richtig. Die Arbeiterschaft nämlich hat noch gar keine Terrorakte begangen, sonst gäbe es wohl keine nationalsozialistischen Zeugen mehr. Die wirklichen Terroristen aber, die in diesem Prozeß als Zeugen aufgetreten sind, werden sicherlich durch die Verurteilung ihrer Gegner in keiner Weise von weiteren Terrorakten abgehalten, sie werden im Gegenteil zu weiteren Untaten ermutigt werden.

Bei einem etwas komisch wirkenden Zwischenfall brach das Publikum in lautes Gelächter aus. Das veranlaßte den Vorsitzenden des Sondergerichts zu den Worten: „Ruhel! Hier ist doch kein Kintopp!“ Wer von außen diese ganze Verhandlung überschaut, wird leicht zu einer anderen Meinung wie der Herr Landgerichtsdirektor kommen. Diese Sondergerichtsverhandlung hatte nur noch Namen und Form mit sonstigen Gerichtsverhandlungen gemeinsam. Hier herrschte allein an Stelle des Interesses der Gerechtigkeit das Interesse der Bourgeoisie.

Vor dem gleichen Gericht hatte sich der Reichsbannermann Haaschke wegen einer geringfügigen Mißhandlung eines Nationalsozialisten, sowie wegen tätlichen Angriffs auf einen Polizeibeamten zu verantworten. Haaschke, der sich trotz der Geringfügigkeit seines Vergehens — niemand ist in irgendeiner Weise geschädigt worden — seit der Tat in Untersuchungshaft ist, wurde zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Er wurde in Haft behalten.

In einem weiteren Fall, der zur Verhandlung kam, handelte es sich um eine Diebstahlsangelegenheit; dieser Fall wurde überhaupt nur, weil er im Zusammenhang mit einer Zusammenrottung vorfiel, vor dem Sondergericht verhandelt. Der Angeklagte wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Die Blutschuld der SA erwiesen

Zweiter Verhandlungstag über Ohlau — SA schwer belastende Zeugenaussagen — Eine Angeklagte bricht zusammen — Inhaftierte seit zwei Tagen ohne Essen

(Von unserem nach Brieg entsandten Sonderberichterstatte.)

Mit dem zweiten Verhandlungstag und der Zeugenvernehmung trat der Brieger Sondergerichtsprozeß über die Ohlauer Vorgänge in seine entscheidende Phase. Die Sitzung begann mit der Vernehmung des Ohlauer Bürgermeisters und der Polizeibeamten.

Bürgermeister Haunschild

erteilte eine Aussage, die größtes Aufsehen erregte. Es waren am fraglichen Sonntag, obwohl sich in Brieg mehrere tausend Angehörige der verschiedensten politischen Parteien befanden,

nur 5 Landjäger zur Verfügung.

Selbst diese Beamten aber wurden, nachdem sie einen 200 Mann starken und völlig ruhig verlaufenden Umzug der Roten Hilfe aufs schärfste bewacht hatten, gegen 16 Uhr nach Hause geschickt. Am späten Nachmittag und Abend dagegen, als die zahlreiche SA aus Brieg und das Reichsbanner von einer Festveranstaltung in Laskowitz zurückkehrten und es zu den Zusammenstößen kam, hat der Oberlandjäger seine Beamten selbständig mobilisiert.

Der Verteidiger Braun fragt, warum die Polizeibehörde keine ausreichenden und schließlich so verzögerte Sicherungsmaß-

nahmen getroffen habe. Der Staatsanwalt erklärt diese Frage für ungeeignet und verlangt über ihre Zulassung Gerichtsbeschluss. Nach der Zulassungserteilung antwortet der Zeuge Haunschild, eine Bemerkung, „das genüge, um das Reichsbanner zu verbieten“, habe er nicht fallen lassen. Gelegentlich eines Wortwechsels mit Reichsbannerleuten hat der Angeklagte Blech, das muß der Zeuge bekunden, einen beruhigenden Einfluß ausgeübt.

Der nächste Zeuge, Oberlandjäger Schön, gibt sich alle erdenkliche Mühe, von einer „Aufhebung zu Gewalttätigkeiten“ durch die Reichsbannerredner auf der Festveranstaltung in dem der Stadt Ohlau benachbarten Dorf Beckern zu sprechen. „Die SA hat neue Tressen, das Volk hat nichts zu fressen“, „der Jugend gehöre die Zukunft“, „die Hitlerpest müsse beseitigt werden“. So ungefähr lauteten die Äußerungen der Reichsbannerführer, die sich im Kopf des Zeugen als eine „regelrechte Verhetzung“ festsetzten. Auf seinen Eid verwiesen, schränkt Schön seine belastende Aussage, der Angeklagte Durniok sei einer der Hetzer gewesen, ein. Er gibt zu, daß es „auch ein anderer“ gewesen sein könne.

Ein genauer Bericht von dem zweiten Zusammenstoß in Ohlau erfolgt durch den Mund des Polizeihauptwachmeisters Philippowski. Dieser Zeuge, dessen Beamten-

eigenschaft man keine geringe Glaubwürdig-

keit beimessen wird, sagt aus, er habe gesehen, wie auf der August-Feige-Straße

Zivilleute von Nazis verfolgt

wurden. Von diesen wurde ihm erklärt: „Wenn ihr keine Ordnung schafft, werden wir Ordnung schaffen.“ Indes rückte von der Gegenseite eine Anzahl alarmierter Reichsbannerleute an. Diese blieben auf die Aufforderung des Beamten hin stehen.

während die von einem Lastauto auf ein Führersignal hin abspringende SS der gleichen Aufforderung keine Folge leistete, so daß es zu den ersten schweren Zusammenstößen kam. Der Angeklagte Durniok, bekundete Philippowski, habe die Leute wiederholt zur Ruhe aufgefordert. Damit ist die Glaubwürdigkeit dieses Angeklagten zweifelsohne in einem entscheidenden Falle festgestellt.

Nachts, erklärte der gleiche Zeuge, seien in Ohlau abermals SA-Leute eingeflohen. 400 bis 500 Mann durchzogen unter Führung des Ohlauer SA-Führers die Stadt. Philippowski, der sich am Ende des Tages befand, sah sie plötzlich auf das Publikum eindringen. Auf die Frage nach der Ursache antwortete ihm ein SA-Mann: „Die ekeln mir.“ Der zurückbleibende Zeuge erblickte dann plötzlich mehrere

im Laufschrift vorgehende Nazitrupps.

18 Mann suchten einem Zivilisten sein Abzeichen zu entreißen, 12 bis 50 drangen in ein Grundstück auf der Oderstraße ein, wobei er Schüsse vernahm. Noch ehe es ihm klar war, ob aus dem Grundstück heraus geschossen worden sei oder nicht, stürzte eine angeschossene Frau aus dem Haus heraus.

Die SA schoß und stürmte Häuser,

Auf dem Schloßplatz war alles durcheinander, SA, SS und Reichsbanner. Am Steinemann kam es zu einem Feuergefecht, wobei angeblich von der Reichsbannerseite geschossen worden sein soll, und wo man ja auch den Angeklagten in einem Hause festnahm. Waffen wurden dabei nicht gefunden. Die Angeklagte Kose hat Philippowski nicht täglich werden sehen. Er traf sie nur schliefend an und hörte dabei aus einem Fenster den Zuruf, sie habe einen SA-Mann auf die Finger geschlagen. Daß sie sich sonst an Zusammenrottungen beteiligt habe, entzieht sich seiner Kenntnis.

Oberlandjägermeister Rahmel begleitete am Nachmittag einen Trupp von 400 Nazis, die am Tagungsort der Roten Hilfe „unbelehrt vorbeigelassen“ wurden. Die Nazis auf dem Auto ließen

organisierte Sprechchöre in Tätigkeit

treten. Die Vorgänge auf der August-Feige-Straße schildert Rahmel wie bekannt. Vor dem Konsumgebäude auf dem Schloßplatz entdeckte er bei einer nächtlichen Streife 2 Nazis, die auf Befragen erklärten, Schüsse aus dem Konsumgebäude heraus fallen gesehen zu haben und deshalb zur Beobachtung da zu sein. Diese Aussage erscheint selbst dem Vorsitzenden befremdlich, weil sonst niemand von solchen Schüssen gesprochen habe. Trotzdem hat Rahmel die Nazis nicht festgenommen.

Die Sprechchöre der Nazis bezeugt auch der Landjägermeister Hermann. Ueber die

Wir fragen an

Rigoroses Vorgehen der Polizeibehörden — Unschuldig Verhaftete — Verhöhnung von Angehörigen — Erregung der Bevölkerung

Breslau, 17. August.

Am 8. August erzählte ein kurzer Polizeibericht in seiner üblichen unpersönlichen und trockenen Tonart von einem Ueberfall auf einen angeblichen Polizeibeamten an der Ecke Jauer und Striegauer Straße. Im angeblichen Zusammenhang mit diesem Ueberfall wurden am nächsten Tage eine Anzahl Arbeiter, die dort in der Nähe wohnen, um 4 Uhr morgens unter Anwendung der rigorossten Polizeimethoden aus dem Bett geholt und verhaftet. Sie sind bis heute noch nicht auf freien Fuß gesetzt. Von Seiten der Polizeibehörde herrscht seit diesem Tage unerklärliche Stillschweigen in dieser Angelegenheit.

Die proletarische Öffentlichkeit wundert sich nicht nur, sondern protestiert auf das Schärfste dagegen, daß — obgleich die ministeriellen Verfügungen in allen Fällen beschleunigtes Verfahren anordnen — in dieser Angelegenheit immer noch Familienväter von 7 und mehr Kindern stillschweigend in Untersuchungshaft gehalten werden. Augenzeugen des Vorfalles berichten uns immer wieder, daß gerade die Verhafteten schuldlos sein müssen.

Besondere Empörung hat aber das geradezu verantwortungslose Verhalten eines Reviervorstehers ausgelöst. Die Ehefrau eines der Verhafteten hatte sich nämlich im Polizeirevier nach dem Verbleib und dem Schicksal ihres Mannes erkundigt. Der dort diensttuende

Beamte erklärte der Frau in zynischer Weise, ihr Ehemann würde auf Grund der neuen Notverordnung mindestens 10 Jahre Zuchthaus abbekommen. Das tat der Beamte, obgleich er genau wußte, daß die fraglichen Vorfälle noch vor der sogenannten Terrornotverordnung lagen. Die Frau ist später an Schreikrämpfen zusammengebrochen und liegt heute noch krank darnieder. Sechs schulpflichtige Kinder sind in diesem Falle ohne mütterliche Betreuung, während der Vater im Untersuchungsgefängnis auf seine Freilassung wartet.

Erfahrungsgemäß werden Angehörige der Nationalsozialistischen Bewegung, selbst wenn schwerster Mordverdacht vorliegt, immer sehr schnell wieder auf freien Fuß gesetzt — wie das bei jenem berüchtigten Brudny der Fall war. Wir erwarten, daß die Behörden in diesem Falle die gleiche Beschleunigung eintreten lassen.

Interessant wäre es überhaupt, zu erfahren, warum der überfallene angebliche Polizeibeamte nicht einmal einen Ausweis bei sich führte. Der Arbeiterschaft des Stadtteils Westend bemächtigt sich eine immer größer werdende Unruhe — für die wir einzig und allein die zuständigen amtlichen Stellen verantwortlich machen — da die Provokationen der Nazis sich in fast jeder Nacht in ähnlicher Form wie es scheinbar auch am 7. August gewesen ist wiederholen. Wir fragen an, wann werden die Verhafteten auf freien Fuß gestellt?

Richtung der Schüsse seien die Meinungen auseinandergegangen. Das die Autos der Nazis auf der August-Pöge-Strasse Feuer erhalten hätten, bleibt eine Annahme. Schüsse sind nach der Meinung des Landgerichtspräsidenten Golda von beiden Seiten gefallen.

Zu den Vorfällen an der Ohlbrücke, wo der letzte Zusammenstoß erfolgte und der SA-Mann Stumetzke getötet worden sein soll, machen sämtliche Landräte fast die gleichen Aussagen. Auf eine Mächtigkeits- und Zusammenstoß hätten sie etwa 200 mit Zornlaternen bewaffnete Reichsbannerleute vor der Brücke erblickt, die sie über die Brücke mit dem Ruf 'Straße frei, hier Polizei!', zurückdrängten. Die Menge hätte dabei

keinen tätlichen Widerstand geleistet.

Dagegen wären im gleichen Augenblick von links Schüsse gefallen, von denen die nachdringenden Polizeikräfte einfach annehmen, sie hätten ihnen gegolten. Es versteht sich, daß die Schüsse ebenso gut hätten die Auseinanderlaufenden treffen können.

Die nunmehrige Vernehmung der Zeugen aus dem Publikum beginnt der scharf und sachlich leitende Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Herzog, zunächst mit einem Hinweis auf die große Gefahr des Irrtums, wie er den Zeugen bei der herrschenden Dunkelheit während der Geschehnisse sowie bei ihrer politischen Zugehörigkeit und persönlichen Stellungnahme zu den Angeklagten nur zu leicht unterlaufen könne. Eine Reihe von Zeugen, die über die Vorgänge im Reichsbanner lokal 'Wallich' vernommen werden, wo sich die vom Post im benachbarten Dorf Laskowitz und Beckern zurückgekehrten Reichsbannerangehörigen versammelt hatten, berichtet übereinstimmend daß von dort aus nach der Stadt ein ständiges Kommen und Gehen stattgefunden habe. Auf einen Alarmruf

„Alles raus, wir werden überfallen“

seien die sonst friedlich Herumstehenden und Herumsitzenden aus dem Lokal und Garten geeilt. Während der Zeuge Ludwig von zwei Alarmen spricht und erklärt, von dem ersten seien die Reichsbannermitglieder schon nach 10 Minuten zurückgekehrt, wollen andere Zeugen nur von einem einzigen Alarm etwas wissen. Um 1/10, sagt die Zeugin Schadek aus, seien die Leute 'ruhig von der Ohlbrücke zurückgekehrt'. Im Lokal wurden mehrere Angeklagte anwesend gesehen. Damit ist die Vernehmung zu dem Vorfall beendet.

Schon im nächsten Augenblick aber hat sich das ganze Interesse auf die Vorgänge am Ring konzentriert. Hier nämlich erfolgte der erste Zusammenstoß, der den Auftakt zu den Straußenschlachten bildete. Die Frage, wer hat provoziert, wer hat 'angefangen', hat ja mit Recht von jeher im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gestanden. Während aber die Nazis bisher stets behauptet hatten, durch einen wohlorganisierten Steinüberfall des Reichsbanners auf die von Brieg eintreffenden SA-Fahrzeuge provoziert worden zu sein, haben nun eine ganze Reihe politisch vollkommen uninteressierter und nur zufällig hinzugekommener Zeugen eindeutig

die Blutschuld der SA bewiesen.

So hat die Zeugin Kottlarzig, ein älteres Fräulein, vom Fenster ihrer Wohnung aus beobachtet, wie die Nazis die Bevölkerung durch Rufe provozierten, und wie der Fahrer des zuerst ankommenden Motorrads auf den aus der Bevölkerung fallenden Gegenruf 'Freiheit!' plötzlich hielt und erklärte: 'Das werde ich euch anstreichen.' Von den nachfolgenden SA-Autos erscholl nun das Kommando

„Alles absteigen, ausschwärmen“

woruf die SA ohne Grund auf die Bevölkerung einhieb. Die gleichen Aussagen werden durch die Bekundungen des Zeugen Puschke, Mond, Berger noch erhärtet. Sämtliche Zeugen bezeugen dabei, daß von Steinwürfen auf die SA bei oder vor diesem Zwischenfall überhaupt nicht die Rede war. Der Angeklagte Ogunkte wurde von der SA als Steinwerfer angezeigt und der Polizei übergeben. Es ist aber durch alle diese Zeugenaussagen erwiesen, daß er sich nichts hat zuschulden kommen lassen. Der völlig unbeteiligte Bensch wurde von der SA einfach niedergeschlagen.

Es folgen nun einige Beschuldigungen, die bei näherer Untersuchung sämtlich zweifelhaft

erscheinen dürften. Zwei Beklagte Der Zeuge, Stahlhelmmitglied Tschammar, beschuldigt gleich fünf Angeklagte, teils im Gehen, teils im Kommen vom Schloßplatz beobachtet und dabei auch dieses und jenes Belästende von ihnen gehört zu haben. Zu den als bestimmt Bekannten gehört auch der Angeklagte Fischer. Derselbe Angeklagte hat jedoch zu selber Zeit nach den eidlichen Aussagen des Zeugen Standke mit ihm an einem ganz anderen Platz gestanden. Weiter will die Zeugin Helene Langner neben dem Angeklagten Glutz auch den Angeklagten Bloch deutlich bei den Zusammenstößen gesehen haben. Sie, die behauptet, Bloch gut zu kennen und ihn auf einen Meter Entfernung bestimmt gesehen zu haben, verweigert ihm aus der gleichen Entfernung im Gerichtssaal nicht mehr zu erkennen.

Gegen 1/8 Uhr ereignet sich plötzlich ein aufsehenerregender Zwischenfall. Die Angeklagte Arbeiterin Morawe bricht auf der

Anklagebank zusammen. Hunger und Schwäche haben ihre Kräfte zermürbt. Es wird festgestellt, daß sie und auch andere

Angeklagte schon seit zwei Tagen ohne Nahrung

sind, dabei jeden Tag früh von Ohlau bis Brieg den Weg mit dem Rad zurücklegen, da sie als Weisheitsunterstützungsempfänger weder das Reisgeld noch das notwendige Geld zu einer kräftigen Nahrung besitzen. Da die Angeklagte verhandlungsunfähig bleibt, muß die Verhandlung nach 9 Stunden abgebrochen werden.

Die Verteidigung legt bei dieser Gelegenheit auch für die anderen Angeklagten einen energischen Protest ein und erklärt sich bei der Durchpeltungsmethode des Gerichts physisch außerstande, das Material aufzubereiten und den Zeugenaussagen zu folgen. Wir setzen den Bericht morgen fort.

Schwere Unterschlagung im Buchdruckerverband durch den Vorsitzenden Sporn

Sporn, der Vorsitzende des Breslauer Ortsvereins des Buchdruckerverbandes, der gleichzeitig Vorsitzender des Graphischen Kartells und der Graphischen Handwerkschaften ist, wurde von den Verbandsintendanten plötzlich seiner Funktionen enthoben. Wie in der gestern stattgefundenen Sitzung des Gau- und Ortsvorstandes mitgeteilt wurde, hat Sporn große Unterschlagungen begangen. Die Summe steht noch nicht genau fest, aber es sollen sich nach den Angaben in der Vorstandssitzung um 8—12000 Mark handeln.

Der Ortsvorstand hat für heute, Mittwoch abend, alle Buchdrucker-Betriebsräte und Vertrauensleute zu einer Versammlung nach dem Gewerkschaftshaus Zimmer 12—14 eingeladen. Es soll dort der empörten Kollegschaft Aufklärung über die Vorgänge gegeben werden.

Wir halten es für selbstverständlich, daß die Funktionäre nicht nur genaueste Auskunft über alle Einzelheiten dieses Falles verlangen, sondern auch gleichzeitig feststellen, wie diese ungeheuerlichen Betrügereien möglich waren, denn es ist klar, daß hier die Schuld nicht nur auf den Defraudanten, sondern auf den ganzen Ortsvorstand, besonders auf die Revisoren, fällt. Wie bei allen Unterschlagungen in den Gewerkschaften wird auch hier die Hauptschuld daran liegen, daß die obere Verbandsbürokratie immer ängstlich bemüht ist, in die Ortsverwaltungen nur ausgesiebte, parteilose, parteistreu SPD-Mitglieder hineinzunehmen und der Opposition aus der Kollegschaft jeden Sitz und damit jede Kontrolle in der Leitung verweigern.

Wir werden über die Betriebsräte- und Vertrauensleuteversammlung berichten und auf die ganze Angelegenheit ausführlich zurückkommen.

Unfälle, Selbstmorde

Breslau. Am 15. August gegen 15.50 Uhr ist die 23jährige Ehefrau Hedwig B., zuletzt in Breslau, Magazinstr. 1/3 wohnhaft, in der Oder unweit der Schleifstände beim Baden ertrunken. Die Leiche konnte trotz erfolgten Absuchens durch die Feuerwehr bisher nicht geborgen werden.

Breslau. Wie gemeldet, wurde am 14. August an der Rosenthaler Brücke die Leiche einer Frau aus der Oder geborgen. Nach den angestellten Ermittlungen handelt es sich um die 53jährige Ehefrau Anna K., die in der Elbingstraße wohnhaft war. Es liegt Selbstmord vor. Das Motiv zur Tat ist in Nervenkrankheit und Schwermut zu suchen.

Striegau. In Gäbersdorf-Beckern verübte der Bahnhofsvorsteher Wiesner Selbstmord durch Erhängen. Wiesner war infolge Unstimmigkeiten in der Stationskassenverwaltung von seinem Amte suspendiert worden.

Bunzlau. In Paritz wurde die verheiratete Tochter des Landwirts Lange von einem Lastauto überfahren. An den schweren Verletzungen ist sie kurze Zeit nach dem Unfall verstorben.

Bunzlau. In Herzogswalde stürzte der 62 Jahre alte Landwirt Josef Merek beim Unterbringen des eingefahrenen Getreides auf die Tenne und erlitt dabei einen Schädelbruch. Er starb bald nach Einlieferung ins Krankenhaus.

Striegau. Der Elektromonteur Wendt aus Groß-Rosen bedachte mit seinem sechs-

jährigen Jungen im Bergerbruchtelch am Kuhberge. Er wollte mit dem Jungen, den er auf den Rücken genommen hatte, über den sehr tiefen Teich schwimmen. Der Knabe glitt dabei aber vom Rücken des Vaters herab und ertrank. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Der nasse Jod

Freiburg. Am Rechen des Stadtmühlgrabens wurde eine Kindesleiche aufgefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um das 1 1/2 jährige Söhnchen des Musikers Lindner handelt, das in einem unbewachten Augenblick in den Mühlgraben gefallen war.

Hirschberg. Der 12 Jahre alte Sohn des Zimmermanns Karl Kahl in Straupitz ist am Montag nachmittag beim Baden im Bober ertrunken.

Breslau. Beim Baden in der Oder am Pumpwerk hinter der Langen Gasse ertrank die 25jährige Ehefrau Hedwig Beler vor den Augen ihres Mannes. Rettungsversuche waren vergeblich. Die Feuerwehr konnte die Leiche noch nicht bergen.

Der fünfjährige Sohn des Haushälters Hoffmann geriet beim Baden im Bober in einen Strudel und ging unter. Die Mutter und die ältere Schwester sprangen ihm nach, gerieten aber selbst in den Strudel, der schon mehrfach Badenden, auch Erwachsenen und sogar Schwimmern, gefährlich geworden ist, und wären ertrunken, wenn nicht der Dachdecker Matychowiak aus Sprottau auf die Hilferufe herbeigeeilt wäre und die drei unter größter eigener Lebensgefahr gerettet hätte.

Kleine Kriminalchronik

Schmiddeberg. In einem Alimenterprozeß kam es vor dem hiesigen Amtsgericht zu einer wüsten Schlägerei. Als die Mutter des Kindes nach ihrer für den Beklagten ungünstigen Zeugenaussage den Eid leisten wollte, schlug ihr der Beklagte mit der Hand ins Gesicht, so daß die Zeugin sofort zwei Zähne verlor. Auch der der Zeugin zu Hilfe eilende Justizwachtmann wurde von dem Beklagten und dessen Bruder angegriffen und erheblich verletzt, denn es wurden ihm u. a. mehrere Zähne ausgeschlagen. Anderen Zeugen wurden Bekleidungsstücke vom Leibe gerissen. Erst unter dem Schutze der herbeigeholten Polizei konnte die Verhandlung zu Ende geführt werden. Der Beklagte und dessen Bruder wurden in eine Ordnungstrafe von drei Tagen genommen und zu deren Verbüßung sofort abgeführt.

Breslau. Am 12. August, gegen 4 Uhr, wurde der Kellner Karl H., Feldstraße 19 wohnhaft, als er seine Arbeitstelle verlassen hatte und sich auf dem Nachhausewege befand, an der Ecke Ritterplatz-Sandstraße, von zwei jungen Burachen überfallen und schwer mißhandelt. Der Verletzte, der dann seinen Heimweg durch die Katharinenstraße fortsetzte, wurde erneut zu Boden geschlagen und ihm dabei seine Burschaft aus der Gesäßtasche in Höhe von 8.20 RM. geraubt.

Als Täter wurden festgenommen die Arbeiter Artur K., 26 Jahre alt, und Eduard W., 24 Jahre alt, beide in Breslau wohnhaft. Sie sind geständig und wurden dem Amtsgericht zugeführt.

Görlitz. Das grauenvolle Martyrium eines Knaben entrollte eine sensationelle Verhandlung vor dem Görlitzer Schöffengericht gegen die Arbeiterfrau Ida Herbig wegen gefährlicher Körperverletzung. Die entmenschte Mutter hatte ihr siebenjähriges Söhnchen Paul in geradezu grauenvoller Weise mißhandelt. Das Kind wurde täglich mit Ruten und Stöcken und den Fäusten geschlagen, so daß die Striemen wochenlang zu sehen waren. In kalten Nächten wurde dem Kind die Decke weggenommen. Oft wurde der Junge völlig nackt in einen Schornstein gesperrt und dort stundenlang gefangen gehalten. Oft warf die Mutter ihr Kind kurzerhand aus dem Hause auf das Straßpflaster und ließ es dort bewußtlos liegen, so daß Hausbewohner den Jungen wiederholt für tot hielten. Schließlich wurde die Behörde benachrichtigt, worauf das Kind aus den Händen seiner grausamen Mutter befreit wurde. Der Abschied der Mutter bei der Abholung des Kindes war nur: „Es ist gut so, sonst hätte ich den Balg noch totgeschlagen!“ Die Rabenmutter wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Hindenburg. Am Sonntag in der zehnten Abendstunde kam es in einer Gastwirtschaft zu einem Wortwechsel zwischen einem gelstesschwachen Gast und dem Wirt. Der Gast ging mit einer Ballpucke gegen den Wirt los. Als der Bruder des Gastes zwischen die beiden trat, erhielt er mit der Pucke eine erhebliche Kopfverletzung, so daß er ins Knappschaftsazarett gebracht werden mußte, wo er hoffnungslos darniederliegt. Sein gelstesschwacher Bruder wurde festgenommen und dem Gerichtsgefängnis zugeführt.

Rechtsberatung der SAZ

Donnerstag, 19 Uhr, Kleine Holzstraße 3.

Parole der SAP: Verstärkte Weiterarbeit!

(Sonderbericht der SAZ)

Liegnitz, 16. August.

In unserer letzten Mitgliederversammlung sprach der Vorsitzende über den Ausgang der Wahlen und zur politischen Lage. Die Aussprache zeitigte den ernstesten Willen, bewußter und in gesteigertem Ausmaß unsere Arbeit zur Lösung der uns gestellten Aufgaben fortzusetzen. Im besonderen werden wir unser Wirken in den Gewerkschaften in den Vordergrund stellen, zumal in mancher Gewerkschaft unsere Mitarbeit keine vergebliche Mühe was und zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Berlin

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E7 Weidau 3422
Donnerstag, 18. August
8.30 Uhr
Herzdame
Gartenbühne
Donnerstag, 18. August
5.30 Uhr
Konzert und Varieté
8.15 Uhr
Frühlingluft



Pharus-Lichtspiele

Müllerstraße
Dienstag bis Donnerstag:
Die große Edgar Wallace-Sensation

Der Hexer
mit Fritz Rasp, Maria Solvig,
Paul Henkels
Zweiter Tonfilm:
**Viasta Burian in:
Wehe, wenn sie
losgelassen**

Berücksichtigt
unsere
Leserinnen!

Mylau i. V.

Tv. Freie Turnerschaft Mylau i. V.
Am Sonnabend, den 20. August, abends 8 Uhr
in der Turnhalle

Halbjahrs-Versammlung
Restloses Erscheinen erwartet Der Turnwart.

Breslau

KAFFEE HAG
10% billiger!
Das große Paket RM 1.45
Das kleine Paket RM 0.73
zu haben bei:
W. Krieger
Steinstraße 91 Telefon 30639
Kolonialwaren -:- Delikatessen

Südpark-Konzert
der
Schles. Philharmonie
heute Mittwoch 20 Uhr

Pfänder-Versteigerung
Berliner Platz 2
am Donnerstag, den 25. August 1932
vormittags 9 Uhr
gelbe Scheine bis Nr. 50000
Bietungskautions RM. 10.—
Gemeinnütziges Pfandloshaus
der Stadt Breslau G. m. b. H.
Schubert.

Jeder Genosse, jede Genossin!
Wirbt einen
Abonnenten
für unsere
SAZ

Oskar Laqua
Andersstraße 31
Kolonialwaren

und
KABA
das nichtstopfende,
wohlschmeckende
Familien-Getränk
Jetzt billiger:
Das Paket 30 u. 60 Pfg.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate:
Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische
Arbeiterzeitung“ Breslau, Lohndruck: Th. Schatzky
AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Treppe.
Telephon 206 67
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und
RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen
RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter
Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto
monatlich.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund
unseres Tarifes.
Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Treppe.
Telephon 206 02.
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt,
Breslau 6, Kleine Holzstraße 3, Postscheckkonto
Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau,
Konto Nr. 102 92.

Unterseeetunnel Spanien - Afrika

Die spanische Regierung soll nun ernstlich entschlossen sein, mit dem Bau des Tunnels unter der Meerenge von Gibraltar zu beginnen. Es handelt sich da um eine Unterwasserstrecke, die alle bisher erbauten Unterwasserstrecken bei weitem übertrifft.

Unterwasserstrecken vor hundert Jahren

Die Geschichte des Unterwasserstreckenbaues reicht bis in die Anfänge des vergangenen Jahrhunderts zurück. Als Pionier auf diesem Gebiet trat im Jahre 1818 der Ingenieur Marc Brunel hervor. Dieser Franzose ließ in England eine neue Verfahren der Tunnelbautechnik patentieren, einen komplizierten Vortriebsschild, mit dessen Hilfe eine langsame, aber sichere Ausschachtung des Erdgrundes möglich war. Praktisch wandte Brunel sein Verfahren einige Jahre später beim Bau des Tunnels unter der Themse in London an. Dieser Tunnel, der heute mit einer einzigen Ausnahme, nicht seinesgleichen hat, war für die damaligen Begriffe im wahrsten Sinne des Wortes ein Wunderwerk, und die Methode des Ingenieurs Brunel erlangte den Ruhm einer der größten Erfindungen ihrer Zeit. Brunels Schild bestand aus zwölf nebeneinander gestellten Rahmen mit je zwei Zwischenböden. Die Besatzung betrug 36 Mann, die an der Ausmauerung gleichzeitig arbeiten konnten. Sobald ein Stück der Erdmasse ausgegraben war, rückte die Maschine entsprechend vorwärts und hinter ihr wurde die Ausmauerung vorgenommen.

Der Bau des Tunnels unter der Themse dauerte achtzehn Jahre.

Inzwischen tauchte in England ein neues Verfahren auf, Unterwasserstrecken zu bauen. Hier war das Hauptprinzip die Versenkung eines fertiggestellten Riesenrohres auf den Grund des Flusses. Diese Erfindung stammte von De la Haye, der auf diese Weise zum Stammvater vieler Unterwasserstrecken wurde. Denn sein Prinzip kam nicht nur bei dem doppelgleisigen, achthundert Meter langen Eisenbahntunnel unter dem Detroitfluß, sondern auch in vielen anderen Fällen zur Anwendung. Die Festlegung des Tunnelrohres ging so vor sich, daß man es in eine in den Grund gegrabene oder aufgebagerte Rinne versenkte. In den Boden der Rinne wurden Pfeile eingerammt und Beton zur Aufnahme der Tunnelrohre gegossen. Die Eisenblechrohre wurden von einer Betonschicht umgeben und auf ihnen betoniert.

Bei dem Bau des großen Tunnels unter dem Haarlemfluß in Newyork in den Jahren 1904 bis 1905 kam das Hayesche Verfahren in etwas veränderter Form zur Anwendung. Dabei spielte die Anwendung von Druckluft eine große Rolle, eine Neueinrichtung, die späterhin an Bedeutung gewann. In erster Linie diente die Druckluft zur Beseitigung des Wassers aus dem Tunnel. Auch die Pariser Untergrundbahn unter dem Seinefluß wurde nach einem Druckluftverfahren gebaut. Die gleichzeitige Verwendung eines Vortriebsschildes nach Brunel und des vervollkommenen Druckluftverfahrens fand bei dem Bau der Londoner Untergrundbahn im Jahre 1886 in einer überaus wertvollen Vereinigung statt.

Die größten Flußtunnels, die bisher gebaut worden sind, dienen hauptsächlich dem Straßenverkehr. Sie bedeuten eine Entlastung für die zu bestimmten Tageszeiten überfüllten Hauptstraßen der Weltstädte. Am bekanntesten sind der Tunnel in Hamburg unter der Elbe und der Hollandtunnel in Newyork. 42 Ventilatoren sorgen für Atemluft.

Gerade bei diesen Tunnels spielt die Frage der Lüftung eine große Rolle. Darum bemüht man sich in erster Linie um möglichst einwandfreie Funktionen der Lüftungsanlagen. So wird der Tunnel unter dem Hudson von zweiundvierzig Ventilatoren mit frischer Luft versorgt, während die gleiche Anzahl die verbrauchte Luft wieder entfernt. Um für den Fall des Versagens dieser Ventilatoren der Gefahr des Erstickungstodes in dem tiefliegenden und von der natürlichen Luftzufuhr so gut wie völlig abgesperrten Tunnel zu begegnen, hat man ein System der Versorgung dieser Ventilatoren durch mehrere voneinander unabhängige Kraftquellen eingerichtet.

Der Zukunftsraum: Tunnel unter dem Meeresgrund.

Das Gelingen all dieser großartigen Bauten hat immer größere und gewaltigere Projekte entstehen lassen. So ist es nicht erstaunlich, daß neben den Unterflusstunnels auch Pläne von Unterseeetunnels auftauchen. In erster Linie dachte man hier an zwei Meerengen, und zwar an die von Calais (zwischen Frankreich und England) und die von Gibraltar (zwischen Spanien und Afrika).

Von diesen beiden Plänen ist der eines Tunnels unter dem Kanal zweifellos der gewaltigere; denn es würde sich bei diesem Bau darum handeln, eine sehr große Unterwasserstrecke zu überwinden. Bemerkenswerterweise tauchte der Plan eines Kanaltunnels noch lange vor dem Sturz der Tunneltechnik auf, nämlich zu Napoleons Zeiten. Dem Kaiser der Franzosen wurde das Tunnelprojekt von einem französischen Marineoffizier namens Mathieu bereits im Jahre 1802 vorgelegt. Doch es mußte damals als eine phantastische Utopie erscheinen. Erst in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts beginnt man das Projekt ernstlich zu erwägen und die ersten Vorbereitungen zu dessen Ausführung zu treffen. Je, man begann bereits sogar mit dem Bau des Tunnels, der Frankreich und England verbinden sollte. Die Ausführung des Planes wurde jedoch von Jahr zu Jahr verschoben, was zweifellos auf die Entwicklung der politischen Ereignisse zurückzuführen ist.

Das Projekt des Gibraltar-Tunnels tauchte erst 1927 auf. Der Tunnel soll zwischen Tarifa und Alcazar Sequer (Spanisch-Marokko) führen. Einzelheiten über die Bauweise sind bisher nicht bekannt geworden. Die Erfahrungen, die die Entwicklung des Tunnelbaues den Ingenieuren liefert, dürften ausreichen, um durch Verbindung verschiedenartiger, bisher erprobter Methoden auch die größten Schwierigkeiten zu überwinden.

Neue Riesen-Flugmotoren in den Vereinigten Staaten

Eine große amerikanische Flugzeugfirma ist zur Zeit mit dem Bau eines Flugmotors beschäftigt, der mit 30 Zylindern und einer Leistungsfähigkeit von 1600 PS. zu den größten Maschinen seiner Art zählen wird. Der Motor ist 5stermig, die 6 Zylinder befinden sich in einer reihenartigen Anordnung und werden mit Wasser gekühlt. Der Zweck dieser immerhin ungewöhnlichen Radialbauart besteht in der wesentlichen Verringerung des Sturmwiderstandes.

Werbt Abonnenten

„Zum Streiken bringen wir die nicht, überhaupt, wenn es auch noch gegen die Bonzen gehen muß. Und für politische Forderungen bringen wir die erst recht nicht in Bewegung!“

Die beiden, der Maschinist Sült und der Schlackenzieher Primelsack, treten an die große Gruppe in der Mitte heran, die über die Kriegspolitik der beiden sozialdemokratischen Parteien disputiert und in ihren gegenseitigen Angriffen immer heftiger wird.

„Was habt ihr — die Versammlungsfreiheit durchgesetzt? Dir haben sie wohl mit der Muffe gebufft. Hättet mal die Blauen sehen sollen, wie die mit ihren Plempen dazwischen gehauen haben!“

„Vier Versammlungen haben sie wieder gesprengt!“

„Ja, wenn die Zersplitterung nicht wäre...“

„Dann wäre noch ein Bonze mehr Minister geworden!“

„Und hätte dem Kaiser die Hand drücken dürfen, wie Scheidemann“ ergänzt Primelsack.

„Kollegen, laßt euch doch nicht verhetzen. Mit dem Kopf durch die Wand können die von der USP auch nicht. Alle zusammenhalten müssen wir und auf einen Wink von oben geschlossen losmarschieren.“

„Aber wenn der Wink von oben nicht kommt?“ fragt Sült.

„Der kommt schon, bloß ruhig Blut behalten!“

„Wie lange denn — bis der letzte Mann im Schützengraben verreckt ist?“

„Wir müssen die Führer eben zwingen!“

Ein SPD-Mann übt sich in angelegenen großen Worten: „Die alte Partei steht, wo sie immer gestanden hat, ein kraftvoller Vertreter unserer Interessen. Die Partei hat immer für uns gewirkt...“

„Verräter seid ihr!“

„Welche sind nun eigentlich die Verräter, die, wo dreimal oder die anderen, die fünfmal die Kredite bewilligt haben?“

„Neunmal meinst du wohl? Viermal hat der schon vergessen!“

Primelsack versucht einem Heizer klarzumachen, daß es gegen die Regierung und die mit ihr verbündeten Führer der SPD nur noch ein Mittel gibt. Und dieses Mittel seien die Handgranaten.

Schiffsunglück bei Natal

Paris, 16. August.

Wie Intransigent heute meldet, ist am Sonnabend ein Aviso der Compagnie Generale Aero Postale, der den Postdienst zwischen Südamerika und Afrika vermittelt, mit 22 Mann Besatzung in einen Sturm geraten und gesunken. Der Aviso war von Natal mit dem Ziel Dakar in Afrika in See gestochen.

Dammbruch eines Schlammweihers

Bergische-Gladbach, 16. August.

In der vergangenen Nacht ist der etwa 60 Meter lange Damm eines Schlammweihers der Grube Welf, der Abwässer enthielt, gebrochen. Etwa 20 000 cbm Schlamm und Wassermassen ergossen sich zu Tal und überschwemmten die Provinzialstraße Köln-Olpe auf eine große Strecke. Die stark beschädigte Fahrbahn wird für längere Zeit gesperrt bleiben müssen. Das ganze Tal zwischen Ober- und Untereschbach ist stark verschlammte und bietet ein trostloses Bild. Ein Bauernhof in Obereschbach wurde fast völlig überflutet. Das Vieh konnte mit Ausnahme von vier Kühen, die im Stall umkamen, mit knapper Not gerettet werden. Eine Arbeitskolonne ist mit dem Bau eines 2,50 Meter breiten Damms beschäftigt, um den Fußgängerverkehr wieder in Gang zu setzen. Die Gasfernversorgung von Bergische-Gladbach bis zur Aggertal wurde an einigen Stellen unterbrochen, sodaß ganze Ortschaften ohne Gas sind.

Brand in den Dresdener Mimosa-Werken

Dresden, 16. August.

In dem Filmproduktionsgebäude der Mimosa-A.G. entstand heute mittag ein Brand, der einen gefährlichen Umfang anzunehmen drohte. Der Feuerwehr gelang es nach verhältnismäßig kurzer Zeit, das Feuer einzukreisen.

Ein 18-jähriger Vatermörder

Königsbühl, 16. August.

In der Montagnacht kehrte der 18-jährige Arbeiter Georg Bombke von einer durchzechten Nacht heim und es kam zwischen ihm und seinem 63 Jahre alten Vater, der ihm wegen seiner Trunkenheit Vorwürfe machte, zu einer Auseinandersetzung. Im Verlaufe des Streites griff der Sohn nach einem Küchenmesser und brachte seinem Vater einen Stich in die Herzgegend bei, der sofort tödlich wirkte. Der Täter wurde verhaftet.

Einbrecher drohen mit Verbrennungstod

Tarnowitz, 16. August.

In der Ortschaft Lassowitz bei Tarnowitz drangen Einbrecher in die Wohnung zweier alter Damen ein und verlangten die Herausgabe des Bargeldes. Als ihnen dies verweigert wurde, wickelten sie eine der Frauen in Stroh und wollten sie anzünden. Erst durch die in der Todesangst ausgestoßenen Schreie der Ueberfallenen wurden die Banditen unsicher und flohen. Sie nahmen das vorhandene Bargeld in Höhe von 500 Zloty mit sich und entkamen unerkannt.

Der 12. Weltkongreß proletarischer Esperantisten (SAT)

Die ungeheure Verschärfung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse schien die Durchführung des Kongresses zu verhindern. Die Stuttgarter Freunde gestellten jedoch schon den Begrüßungsabend zu einer wirkungsvollen Kundgebung für Volkerverständigung und Volkerverbrüderung. Außer den Gästen nahmen rund 300 Genossen aus 17 verschiedenen Staaten teil. Die Arbeitssitzungen begannen am Montag, den 8. August, mit den Berichten der Bundesleitung. Hier ist hervorzuheben, daß der Bund in 40 Ländern Mitglieder und Vertrauensleute hat, das Bundesorgan 14tägig erscheint und die Literatur durch gute Uebersetzungen zielgerichteter Werke und durch Originalarbeiten bereichert wurde. Die Weltwirtschaftskrise und die politische Zerrissenheit innerhalb der Arbeiterschaft sind die größten Hindernisse für eine raschere Entwicklung der Bewegung. Einstimmig wurde das Projekt eines neuen Statuts gutgeheißen, Ziel und Aufbau des Bundes bleiben wie bisher: SAT will ein Teil der großen Arbeiterbewegung sein, und ist in seiner Struktur eine überparteiliche, proletarische Kulturorganisation, die durch die Welthilfssprache Esperanto in der Arbeiterschaft ein festes Band der Solidarität schließen will, damit es seine Aufgabe besser erfüllen kann.

Sehr aktuell war ein Vortrag des Gen. Azorin, Mitglied des spanischen Parlaments, über die politischen und ökonomischen Verhältnisse in Spanien, woran sich eine lebhaft ausgeführte Diskussion anschloß. Genosse Orimewien hielt einen Vortrag über das „rote Wien“.

Die Vorträge wurden selbstverständlich in Esperanto gehalten, wie während der offiziellen Kongreßsitzungen nur Esperanto als Verhandlungssprache diente.

Ein Tag war den Fachsitzungen vorbehalten. Unter diesen auch eine solche für sozialistische Esperantisten. Hier sind es besonders die schwedischen, spanischen, ungarischen, österreichischen und holländischen Genossen, die über die besten Erfolge innerhalb der Parteikreise für Esperanto berichten konnten. In diesen Staaten wird die Bewegung von der Partei und Gewerkschaft nicht nur moralisch, sondern auch finanziell unterstützt. Nötig ist, daß besonders bei den internationalen Kongressen der verschiedenen Organisationen immer wieder auf Esperanto aufmerksam gemacht wird, und die Beispiele angeführt werden, die andere Verbände mit Esperanto bereits gemacht haben, wie die internationale Transportarbeiter-Föderation, die internationale Arbeiter-Turn- und Sportbewegung u. ä. Auf allseitigen Wunsch wurde Genosse Azorin zum Vorsitzenden gewählt und das Sekretariat nach Deutschland verlegt. Genosse Eriksson, Mitglied des schwedischen Parlaments, ist einer der besten Förderer unserer Bewegung.

Aus den Beschlüssen des Kongresses sind noch zu erwähnen: Der Bundesleitung von SAT wurde volles Vertrauen ausgesprochen. Eine Resolution, die alle proletarischen Esperantisten auffordert, innerhalb SAT für die gemeinsamen Ziele der Arbeiterschaft zu wirken, wurde einstimmig angenommen. Desgleichen auch ein Antrag, der für die Landesverbände das Organ des Weltbundes als Hauptblatt empfiehlt. Der nächste Kongreßort soll Stockholm oder Wien sein. Mit dem Lied der „Internationale“ fand die Tagung ihren besten Abschluß.

Am Donnerstag, den 11. August, fand als Abschiedsabend noch eine allgemein zugängliche Antikriegskundgebung statt, die bei offen tiefen Eindruck hinterließ.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1933 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks
der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Die Heizer, die Kohlen- und Schlackenzieher der Nachtschicht haben um zwölf Uhr ihre Arbeit angetreten; um diese Zeit stand der große Zeiger in der Mitte des Kesselhauses, der die Zahl der im angeschlossenen Stromnetz gebrauchten Kilowatt anzeigt, auf 20 000. Eine Stunde nach Mitternacht, als die letzten Straßenbahnen aus dem Verkehr gezogen und der größte Teil der spärlichen Berliner Straßenbeleuchtung gelöscht wurde, fiel der Zeiger auf 12 000. Die Heizer stellten die Wanderroste fest, deckten die Feuer ab, so daß sie nur noch langsam schmelzen, und dann schlossen sie die Feuerungstüren. Jetzt haben sie eine Weile Ruhe.

Siebzig Mann sind im Kesselhaus beschäftigt. Sie sitzen, wo sie gerade Platz gefunden haben, und verzehren ihre mitgebrachten Brote. Andere stehen herum und diskutieren. Eine Gruppe ist mit der ewigen Streitfrage beschäftigt: SPD oder USP? Eine andere vor Feuer III spricht über die Gewerkschaft und über Lohnfragen.

Aus der Halle ist der Maschinist herübergekommen.

Am Feuer III bleibt er stehen und hört zu: „Nicht mal für die Nachtarbeit haben sie einen Aufschlag durchgesetzt.“ „Und für die Sonntagsarbeit auch nicht!“ „Wofür wir bloß unseren Beitrag bezahlen.“ ... und streiken dürfen wir auch nicht mehr!“

Ein Schlackenzieher kommt heran:

„Da hörst du, Kollege Sült, weiter wollen die nischt, Nachtaufschläge und Sonntagsprozent!“

„Ist auch wichtig; wenn sie die nur selbst durchsetzen würden und nicht alles von den Gewerkschaftsbonzen erwarteten!“

Sült ist in die Maschinenhalle zurückgegangen. Auf der weiß ausgekachelten weiten Fläche stehen die Turbogeneratoren, die einen Teil des Berliner Stromnetzes mit Licht und Kraft versorgen — drei dunkle, gekrümmte Ungeheuer, die bis unter das Glasdach der Halle reichen. Die Schaufelräder in ihren eisernen Büchsen werden von dem einströmenden Dampf in gleichmäßigen Tourenzahlen gedreht. Der Dampf wird Bewegung, und Bewegung wird Elektrizität.

Sült holt einen Putzlappen aus der Tasche und wischt das Öl ab, das von einem der Lager heruntergetropft ist. Die Maschinisten haben die Tourenzahlen, den Celstand, die Temperatur der Generatoren zu überwachen und alle Stunden entsprechende Eintragungen in die Tabellen zu machen. Eingesponnen von dem hohen summenden Ton der Maschine bleibt Sült auf einem Fleck stehen. Hier werden seine Gedanken freier, das Gefühl der Ohnmacht, das ihn in unfruchtbaren Diskussionen mit seinen Kollegen und auch oft in politischen Zusammenkünften überfällt, wird er hier wieder los.

Die Arbeiterorganisationen haben versagt und sich sogar in ihr Gegenteil verkehrt. Die Gewerkschaften haben den Arbeitern des Streikrechtes genommen. Und die in der Sozialdemokratischen Partei konzentrierte politische Macht hat dieselben Massen, die sie zu ihrer Befreiung geschaffen haben, hilflos der Ausbeutung und dem Schützengraben ausgeliefert.

Der Burgfrieden, das Hilfsdienstpflichtgesetz, die politischen Streiks, allen voran der Berliner Metallarbeiterstreik im Januar 1918, haben gezeigt, auf welcher Seite die Führer stehen. Diener des kapitalistischen Staates sind sie geworden und haben die Aufgabe übernommen, die Arbeiter zu einem gut funktionierenden Teil des bestehenden Obrigkeitensystems zu machen.

Sült ist noch in der Partei, auch noch in der Gewerkschaft. Man muß bleiben, wo die Masse ist. Wer anders als die Masse kann es machen? Nur die Führerspitze ist verbonzt, und die muß weg! Streik; gegen den Krieg, gegen das System, gegen alle, die das System stützen! Er denkt an die Organisation der revolutionären Ohlente, in die Primelsack ihn

einführen will. Vertreter der verschiedensten sozialistischen Richtungen sitzen dort beieinander, dasselbe Ziel hat sie alle geeint — Sturz des Systems, das den Krieg heraufbeschworen hat! Und alle Mitglieder kommen aus den Betrieben. Sie haben es verstanden, ihre illegale Arbeit auch vor den „berufenen Führern“ geheimzuhalten! Allerdings ein paar tausend Pistolen und einige Dutzend Handgranaten genügen nicht. Die Massen müssen wir haben. Und die Macht der Massen liegt in ihrer Arbeitskraft und in den Maschinen, die sie bedienen!

Sült umfaßt mit einem Blick den mächtigen Bauch der Turbine, die in unaufhörlichen Umdrehungen blaumillender Welle des Generators. Er fühlt in dem Metall die konzentrierten Kräfte der Heizer und die Arbeit einer Grube voller Kohlenkumpels vibrieren und lebendige Kraft werden.

Sült kennt jede technische Einzelheit des Elektrizitätswerkes, er kennt den Mechanismus der Schaltanlage und das verzweigte System des Kabelnetzes, das den Strom in die Fabriken Berlins leitet und die Maschinen treibt. Die Turbinen und Strometze der Elektrizitätswerke, die Maschinen, Drehbänke und Dampfhammer in den Fabriken; die Arbeitskraft, die alles treibt, ist die Grundlage des kapitalistischen Systems. Alles andere — Regierung, Parlament, Militärgewalt — sind politischer Ueberbau. Die Arbeiterschaft kann sich nur befreien, wenn sie dort anfängt, wo ihre vereinte Kraft wirksam ist — in den Betrieben. Die wirtschaftliche Macht ist der Hebel. Wenn wir den benutzen, bleiben die Städte ohne Licht, bleiben die Eisenbahnzüge auf den Strecken liegen, dann bekommt das Militär keine Munition mehr. Der Generalstreik, drei Tage durchgehalten, und der ökonomische Kreislauf stockt, alle Generäle, Minister und Bonzen werden weich. Der Generalstreik acht Tage durchgehalten, und der ganze Ueberbau bricht zusammen, die politischen Herren stürzen. Denn haben wir die Macht, dann können wir die Produktion bestimmen und umteilen auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Gesellschaft! Die wirtschaftliche Macht ist der Hebel. Wenn wir den herumreißen ... (Fortsetzung folgt.)

Der Reformismus verstärkt die Chancen des Faschismus

Der nächste Abschnitt ist dem neuen Buche unseres Genossen Fritz Sternberg „Der Niedergang des Deutschen Kapitalismus“ entnommen. Sternberg hat in diesem Werke dem „Reformismus“ ein spezielles Kapitel gewidmet, dessen Inhalt die von uns vorhergehenden Abschnitte umfassen. Das Werk, das im Buchhandel 9 RM. kostet, können die Mitglieder der SA für den Sonderpreis von 4,50 RM. erwerben.

Der Reformismus treibt heute dieselbe Politik wie am 4. August. Damals sagte er: In der Stunde der Gefahr lassen wir das Vaterland nicht im Stich. Heute heißt es: In der Stunde der Gefahr lassen wir den Kapitalismus nicht im Stich. Und wenn der sozialdemokratische Abgeordnete Schöpplich im Reichstag erklärte, daß er lieber zehnmal mit Goerner ginge als einmal mit den Kommunisten, so sprach er nur des ungeschminkt aus, was die Sozialdemokratie ständig pinkelt.

Der Reformismus ist heute völlig festgerannt. Die ökonomischen Voraussetzungen für seine Ausbreitung sind im Niedergang des Kapitalismus zerbrochen. Die Krise spitzt sich täglich weiter zu, die absoluten Verelendungstendenzen des Kapitalismus setzen sich durch, die Arbeitslosigkeit wächst ins Gigantische. Da die ökonomischen Fundamente des Kapitalismus bedroht sind, so wird auch das innerpolitische Programm des Reformismus immer aussichtsloser. Nicht Wirtschaftsdemokratie heißt es heute, sondern immer schroffer werden die faschistischen Methoden des Monopolkapitals. Den breiten Arbeitern wird es immer klarer, daß der Glaube, man könne im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise den sozialistischen Sektor ständig langsam erweitern, ein Irrglaube war. Und da in Parallele mit der Verschärfung der ökonomischen Situation auch die imperialistischen Gegensätze zunehmen, so ist im Niedergang des Weltkapitalismus auch das außenpolitische Programm des Reformismus vor den breiten Massen als Illusion entlarvt. Es herrscht im Weltkapitalismus nicht der reale Pazifismus, sondern es herrscht die Aufrüstung, und der deutsche Imperialismus fordert sie auch für sich. Die Gründe, warum trotz des föhigen Bankrotts seiner inner- und außenpolitischen Position der Reformismus so schwer erschüttert wurde, hatten wir aufgewiesen. Es ist einmal neben der ultralinken Taktik der Kommunistischen Partei die lange Schonzeit der Vorkriegszeit, es ist weiter die Lohnentwicklung von 1921 bis 1928, es ist — und nicht etwa als letzter Faktor — das Verwachsen des Funktionärkörpers mit dem Staatsapparat.

Der soziologische Raum für die Ideologie des Reformismus nimmt heute immer mehr ab. Aber — das muß mit allem Nachdruck betont werden — er ist noch nicht tot und wirkt sich auch heute noch in unheilvoller Weise aus. Wenn infolge der reformistischen Politik die Kampfkraft der Gewerkschaften geschwächt wurde, wenn die Arbeiterorganisationen dadurch von innen heraus ausgehöhlt wurden, so hat das weittragende Konsequenzen. Wenn der Reformismus früher sich großen Kämpfen verschloß, so hatte dieses Unterlassen des Kampfes zwar geschadet, aber dieser Schaden war verhältnismäßig leicht wieder gut zu machen. Wenn man aber in dieser Krise nicht kämpft und gleichzeitig den Massen erklärt, die Konjunktur würde bald wiederkommen, damit die Lohnsteigerung — und die Konjunktur kommt nicht, dann werden die Arbeiter immer passiver, immer mutloser. Dann werden sie ihren eigenen Organisationen immer mehr entfremdet. Zwei Funktionen hatten die reformistischen Gewerkschaften für den Arbeiter. Sie waren seine Organisation zur Verbesserung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen, sie waren seine Organisation zu seiner Unterstützung, wenn er arbeitslos wurde. Und wie ist es heute? Gegen die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hat die Führung der Gewerkschaften in dieser Krise keine entscheidenden Kämpfe unternommen. Die Toleranzpolitik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber der Brüningregierung hinderte sie. So wurden die Gewerkschaften immer mehr zur reinen Unterstützungsorganisation. Aber auch hier wirkt sich die Krise verheerend aus. Die Krise wird immer mehr zur Krise der Gewerkschaftsfinanzen. Die Gewerkschaften hatten sich bei der Festsetzung ihrer Unterstützungssätze von der Tiefe und der Dauer der Krise keine Vorstellung gemacht. Sie hielten die Krise für vorübergehend und unterstützten die arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder, damit diese Reservearmee nicht vom Unternehmer zum Lohndruck mißbraucht werden konnte. Diese Politik war solange durchführbar, solange die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten keine allzu große war. Mit der immer stärkeren Vertiefung der Krise ist diese Politik immer schwerer durchführbar. Die Anzahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder ist ständig gewachsen. Im Winter 1931/32 war kaum ein Drittel voll beschäftigt.

Wenn aber die gewaltige Majorität der Arbeiterschaft nicht mehr vollbeschäftigt ist, dann ist von einer wirklichen Arbeitslosenversicherung der Gewerkschaftsmitglieder gegenseitig nicht mehr die Rede. Dann können lediglich Zuschüsse gezahlt werden, die man dazu noch ständig weiter abbauen muß. Dazu kommt folgendes: Wir haben bereits an anderer Stelle davon gesprochen, daß die lange Dauer der Krise die Sozialpolitik kalt abbaut, daß von den Arbeitslosen der Prozentsatz derer, die Krisenunterstützte, Wohlfahrtsempfänger sind oder überhaupt keine Unterstützung mehr beziehen, ständig zunimmt. Die Gewerkschaften sind aber nicht in der Lage, über einen bestimmten Zeitraum hinaus

Unterstützung zu zahlen, so daß derjenige, der von der Arbeitslosenunterstützung in die Krise oder in die Wohlthat kommt, d. h. von Staat immer weniger bekommt, von den Gewerkschaften keinen Pfennig mehr erhält. Die Konsequenz ist natürlich, daß ein immer größerer Prozentsatz der Gewerkschaftsmitglieder der Organisation entfremdet wird; gerade heute entfremdet wird, in der Epoche, in der die Gewerkschaften, da die keine Wirtschaftskämpfe mehr führen, immer mehr zur reinen Unterstützungsorganisation geworden sind. Die Taktik der Führung der Gewerkschaften wirkt sich heute also darin aus, daß die entscheidende Organisation der Arbeiterschaft von innen heraus unterhöhlt wird. Das ist einer der wesentlichen Faktoren, warum in der Situation, in der die ökonomische Krise immer stärker zu politischen Krisen, zur Staatskrise wird, warum in dieser Situation der für die revolutionäre Lösung der Krise so entscheidende Faktor, das revolutionäre Bewußtsein der Arbeiterschaft, noch in so starkem Maße fehlt. Man hat früher vielfach geglaubt, daß die absolute Verelendung der Arbeiterklasse direkt, fast automatisch zu einem revolutionären Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft führen würde, der neben den objektiven Faktoren die Voraussetzung für das Gelingen der soziologischen Revolution bildet. Man muß es heute sehr deutlich aussprechen, daß die absolute Verelendung mit ihrer Verschärfung der Klassengegensätze sich durchaus nicht in dieser eindeutigen

Weise auswirkt; nur bei einem kleinen Bruchteil verstärkt sich bisher das revolutionäre Klassenbewußtsein, ein anderer Bruchteil — darauf gehen wir noch ein — geht ins konterrevolutionäre faschistische Lager, und die große Majorität der Arbeiterklasse hat bisher nur sehr dumpf reagiert, wurde mutlos und passiv. Es ist in erster Linie die reformistische Politik, die diese Mutlosigkeit in der Arbeiterschaft hervorgerufen hat, die es verhindert, daß die Arbeiterschaft sich ihrer wahren Stärke bewußt wurde.

Der Kapitalismus ist im Niedergang; der deutsche Kapitalismus ist eines seiner schwächsten Glieder. Soll im Niedergang des Kapitalismus der proletarische Ausweg aus der Krise organisiert werden, so ist die Beseitigung der reformistischen Ideologie innerhalb der deutschen Arbeiterklasse eine der wesentlichsten Aufgaben, und dies um so mehr, da durch die reformistische Politik der organisierten Konterrevolution, dem Faschismus, die Wege geebnet werden. Es ist im Klassenkrieg nicht anders wie im Krieg. Die gegenläufigen Kräfte wachsen nicht nur direkt dadurch, daß sie positiv stärker werden, daß sich ihre Zahl, ihr Einfluß erhöht; die gegenläufigen Kräfte wachsen auch dadurch, daß die Kräfte der eigenen Organisation geringer werden. Durch die reformistische Politik, die die eigenen Arbeiterorganisationen, die die Kampfkraft der Arbeiterschaft von innen heraus aushöhlte, wurden so objektiv die Kräfte des Faschismus gestärkt.

Reichsmanteltarif für die Gemeindearbeiter

Große Verschlechterung der Arbeitsbedingungen

Die von der „SAZ“ vor einigen Tagen gebrachte Meldung aus Nürnberg über den Abschluß des Reichsmanteltarifes für die Gemeindearbeiter und Straßenbahner in allen Städten des Reiches, und die gleichzeitige Mitteilung, daß diese schon am 11. August endgültig abgeschlossene Vereinbarung zwischen dem Gemeindearbeiterverband und den Gewerkschaften noch mindestens bis zum 15. August vor den Arbeitern geheim gehalten werden soll, hat sich vollkommen bestätigt. Bestätigt wird auch die von uns mitgeteilte Tatsache, daß weitgehende Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durchgeführt werden.

Jetzt am 16. August endlich teilt der Vorstand des Gesamtverbandes im „Vorwärts“ und der übrigen SPD-Pressen der Mitgliedschaft überhaupt erst mit, daß Verhandlungen stattgefunden und ein endgültiger Reichstarifvertrag für die insgesamt 315 000 Gemeindearbeiter und Straßenbahner abgeschlossen worden ist. Aber auch jetzt gibt der Verbandsvorstand immer noch nicht die genauen Bedingungen des Reichstarifvertrages genau bekannt. Es wird nur berichtet, daß:

„Der Zuschlag für dienstplanmäßige Sonntagsarbeit und bei Arbeit an Wochenfeiertagen etwas herabgesetzt wird, in der Urlaubsdauer verringert sich der Urlaub in Städten unter 100 000 Einwohnern um einen bis drei Tage. Für die Krankheitsdauer werden 75 Prozent des Bruttolohnes zur Auszahlung gebracht, von denen die reichsgesetzlichen Leistungen in Abzug gebracht werden.“

Daß ganz ungeheuerliche Verschlechterungen in Frage kommen, zeigt schon der Inhalt der summarischen Mitteilung. Es geht daraus aber auch hervor, daß man vorläufig noch allerlei zu verschweigen sucht, denn was soll es heißen, wenn gesagt wird, daß der Zuschlag für Sonntagsarbeit „etwas herabgesetzt“ wird? Warum wird verschwiegen, um wieviel Prozent der Krankheitslohn herabgesetzt worden ist? Unseres Wissens sind es 15 Prozent! Wie ungeheuerlich die Verschlechterungen in ihrer Gesamtheit sind, das verriet eine vom „Vorwärts“ veröffentlichte Resolution, die von der Reichstarifkommission, also von einer sehr ausgezeichneten, nur aus SPD-Kollegen bestehenden Körperschaft, nach einem Bericht über den Abschluß des Reichstarifvertrages angenommen wurde. Darin heißt es:

„Die Reichstarifkommission stellen mit Enttäuschung fest, daß für große Kreise der Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eingetreten ist.“

Natürlich wird in dieser Resolution zum Schluß „unter Protest“ dem Tarifabschluß zugestimmt. Für die große Masse der Gemeindearbeiter steht jedoch die Frage ganz anders. Wenn man ihnen einzureden versucht, wie das der Vorstand in seinem ganzen Bericht macht, daß der Tarifabschluß ein „großer Erfolg der Organisation“ sei gegenüber den großen Verschlechterungen, die vom Arbeitgeberverband bezweckt wurden, so kennen sie diese Melodie. Immer „mit Erfolg“ rückwärts!

Die Gemeindearbeiter in allen Städten und Betrieben werden zweifellos gegen diese gewaltigen Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen Sturm laufen. Das um so mehr, als der Abschluß des Reichsmanteltarifes nur die Vorstufe für die weitere Herabsetzung der Löhne sein wird. Wenn der „Vorwärts“ zu diesem Abschluß triumphierend schreibt, „es geht auch ohne Schächter“, das heißt, ohne Schlichter und Reichsarbeitsministerium, so muß demgegen-

über gesagt werden, daß es zwar richtig ist, die Schlichtungsinstanzen vollkommen auszuschalten, aber wenn bei dieser Ausschaltung ebenfalls nur Abbau und Verschlechterung herauskommt, dann ist es ziemlich gleichgültig, ob das durch einen Schiedsspruch oder durch freiwillige Vereinbarung geschieht.

Die Gemeindearbeiter sind heute eine der wenigen Arbeiterschichten, bei denen selbst für rein gewerkschaftliche Kämpfe noch sehr günstige Erfolgsmöglichkeiten vorhanden sind. Ihr Kampf ist aber auch gleichzeitig sehr geeignet, einen politischen Massenkampf gegen die heutige Kapital- und Notverordnungs-diktatur auszulösen und so endlich wieder die Arbeiterklasse zur erfolgreichen Abwehr und zum Angriff zu führen.

Konsum-Verein „Vorwärts“ stellt Zahlungen ein

Breslau, 17. August.

Der Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ für Breslau und Umgegend e. G. m. b. H. teilt mit, daß er genötigt gewesen ist, gemäß einem gestern gefaßten Beschluß seiner Verwaltungsorgane, mit dem heutigen Tage seine Zahlungen einzustellen.

Wir werden in einem ausführlichen kritischen Artikel zu dieser Nachricht morgen Stellung nehmen.

Die Volksfürsorge im ersten Halbjahr 1932

Bei der Volksfürsorge Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft wurden im ersten Halbjahr 1932 36 523 Anträge auf Abschluß von Volks- und Lebensversicherungen eingereicht; außerdem haben 80 167 Versicherte einen Antrag auf Gewährung einer Sterbegeldversicherung für arbeitslose Versicherungsnehmer (Ersatzversicherung) gestellt.

Der Antragseingang entspricht den gestellten Erwartungen. Es ist ferner sehr erfreulich, daß 24 577 Versicherungsnehmer die Wiederinkraftsetzung ihrer Versicherung, die sich durch die Einstellung der Prämienzahlung nach Ablauf des ersten Versicherungsjahres automatisch in eine prämienfreie umgewandelt hatte, beantragt und infolgedessen das frühere Vertragsverhältnis, d. h. also, den Versicherungsschutz in der ursprünglichen Höhe wieder hergestellt haben.

Die Wiederinkraftsetzung einer Versicherung ist jedoch nur dann möglich, wenn der Versicherungsnehmer die Versicherung als prämienfreie bestehen läßt, nicht aber, wenn er — wie dies leider allzuoft geschieht — die Auflösung des Versicherungsvertrages durch Kündigung vornimmt; denn hierdurch erleidet er nicht nur einen erheblichen finanziellen Verlust, sondern verzichtet auch freiwillig auf die durch den Vertrag erworbenen Rechte, für deren Aufrechterhaltung gerade in der Jetztzeit unbedingt Sorge getragen werden sollte.

Einigung in Ottawa

WTB. Ottawa, 16. August.

Die grundsätzlichen Bestimmungen des Abkommens zwischen dem Vereinigten Königreich und Kanada sind, wie von amtlicher Seite verlautet, von den Abordnungen beider Länder angenommen worden und bedürfen nur noch der endgültigen Redaktion. Auch das Abkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Südafrikanischen Union wird in Bälde unterzeichnet sein.

Vorbereitungen zum Reichstagsbeginn

Berlin, 16. August.

Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger meldet, werden noch in dieser Woche die parlamentarischen Arbeiten im neuen Reichstag aufgenommen. So hat die sozialdemokratische Fraktion des neuen Reichstags ihre erste Fraktionssitzung für Freitag, den 19. August einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der politischen Lage sowie die Beratung der im Reichstag einzubringenden Anträge und Gesetzentwürfe, deren wesentlichen Inhalt wir bereits gemeldet haben.

Am Sonnabend findet eine Fraktionsführerbesprechung statt, in der über die notwendigen technischen Umorganisation im neuen Reichstag verhandelt wird. Dabei kommt es in erster Linie auf die Änderung der Platzverteilung, auf die Neuordnung der Arbeitsräume für die in veränderter Stärke wiederkehrenden Fraktionen und auf ähnliche Dinge an. Das Büro des Reichstags hat eine Vorlage ausgearbeitet, die als Beratungsgrundlage dient.

Über den Termin der ersten Plenarsitzung des Reichstags ist amtlich noch nichts bekannt, doch dürfte es hierfür beim 30. August bleiben.

3000 Delegierte zum Antikriegskongreß

Berlin, 16. August.

Wie wir vom Internationalen Initiativkomitee erfahren, liegen bisher 3000 Delegiertenmeldungen aus den verschiedenen Ländern für den Internationalen Kampfkongreß gegen den Krieg in Amsterdam vor. Am stärksten ist die Zahl der Delegierten Frankreichs, wo 1500 Delegierte gewählt worden sind. Die Zahl der tschechischen Delegierten beträgt 300, die der deutschen 200, die der englischen 100, die der polnischen 150, die der holländischen 300, die der amerikanischen 40, die der skandinavischen 50, die der schweizerischen ebenfalls 50, die der österreichischen 20 und die derjenigen aus den Balkanländern 30. Auch aus allen anderen Ländern liegen Delegationsmeldungen vor.

Strafmaßnahmen gegen spanische Militärs

Paris, 16. August.

WTB. Nach einer Agenturmeldung aus Madrid sind bisher durch Dekret zwei Obersten, acht Oberstleutnants, sechzehn Majore, 54 Hauptleute und 67 Leutnants der Garnison von Sevilla wegen Beteiligung an der Aufstandsbewegung ihrer Posten entbunden worden.

Kommunistische Demonstration in Sevilla

Sevilla, 16. August.

WTB. Von den Kommunisten wurde gestern hier eine Demonstration veranstaltet. Die Teilnehmer verlangten die Absetzung einiger Gemeindebeamten und forderten in Flugschriften die Regierung auf, gegen die Soldaten (nicht Offiziere) der Garnison Sevilla, die an der Aufstandsbewegung teilgenommen haben, milde vorzugehen.

Die ausländische Presse

beschäftigt sich sehr ausführlich mit dem Scheitern der Hitlerverhandlungen.

WTB. Paris, 14. August. Einen historischen Tag nennt der „Temps“ den 13. August, an dem Hitler selber die Tür zugeschlagen habe, durch die er auf regulärem Wege zur Beteiligung an der Regierung zu gelangen hoffen konnte. Wenn Hitler an die Regierung gekommen wäre, sei es auch nur in Form einer einfachen Beteiligung an einem Präsidialkabinett, das dem Einfluß der Nationalsozialisten weitgehend hätte Rechnung tragen müssen, wäre dies innen- wie außenpolitisch in jeder Hinsicht verhängnisvoll gewesen.

„Journal des Débats“: Während Hitler mit seinen Anhängern berate, also das Gegenteil von Handeln tue, habe die Regierung ihre Entscheidungen getroffen und damit alle diejenigen für sich gewonnen, die in Deutschland dem gehorchten, der zu befehlen wisse.

„Liberté“ hält die Position der Nationalsozialisten für kompromittiert. Eine offene Revolte würde zum Zusammenbruch führen.

„Quotidien“ meint, Hitler habe die einzige Chance, ohne Blutvergießen zu Ehre und Macht zu gelangen verloren und sei offensichtlich zu weit gegangen.

„Populaire“ sagt, die nationalsozialistische Bewegung müsse jetzt entweder vor Schleicher kapitulieren und von der politischen Bildfläche verschwinden, oder sich gesenkten Hauptes in das Abenteuer des Bürgerkrieges gegen die Reichswehr und gegen die Polizei hineinstürzen. In einem solchen Kampfe würde Hitler aber unterliegen.